Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129. Donnerstag, den 5. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Kavallerie.

Von Wilh. Blos, M. d. R.

Vor den Wahlen versprechen alle bürgerlichen Parteien feierlich, daß ihre Vertreter auf Sparsamkeit im Reichshaushalt bedacht sein würden. Wird aber damit einmal Ernst gemacht, namentlich beim Militäretat, so erhebt sich sofort in der alldeutschen und namentlich in der nationalliberalen Presse ein fürchterliches Geschrei, daß solche Sparsamkeit „unangebracht" sei, wenn es sich um die Vervollkommnung der Kriegsrüstung des Reiches handle. Zwar ist eine unmittelbar uns bedrohende Kriegsgefahr momentan nicht zu verspüren, aber die genannte „patriotische" Presse tobt wie toll, weil die Budgetkommission von den in der Militärvorlage geforderten neuen Kavallerieregimentern drei gestrichen hat. Für uns, die wir die ganze Vorlage ablehnen, bedeutet der Beschluß nicht viel; auch weiß man nicht, ob sich im Plenum nicht eine Mehrheit findet, welche den Beschluß der Komission wieder aufhebt. Man weiß, daß die Regierung bei solchen Gelegenheiten mehr zu fordern pflegt, als sie zu erreichen hofft. Und darum ist das Wutgeschrei der „patriotischen" Presse nicht zu ernst zu nehmen. In manchen Fällen mag sich das Rüstungskapital die Krokodilstränen bestellt haben, denn bei diesem heißt es: Principiis obsta! (Man muß der Sache gleich im Anfang Widerstand leisten.)

Namentlich der Vorschlag, einige feudale Kavallerieregimenter an die Grenze zu verlegen, hat in gewissen Kreisen „Entrüstung" hervorgerufen; man sagt, es sei „modern", Abneigung geegn die Garde zu zeigen. Nun, man kann es sich erklären, daß die Garderegimenter, namentlich die Kavallerie, im Volke nicht beliebt ist. Aber diese Dinge scheinen uns sehr nebensächlich zu sein. Für uns ist es weit wichtiger, daß überhaupt einmal der Versuch gemacht worden ist, der Vermehrung der Kavallerie Widerstand zu leisten. Diese Waffe hat im modernen Kriege längst die Bedeutung verloren, die sie in früheren Zeiten besaß. Die Zeiten der Seydlitz und Ziethen sind längst und für immer vorüber.

Daran wird nichts geändert durch die in der Armee noch immer bestehende Tradition, daß die Kavallerie mit Geringschätzung auf die Infanterie hinabsieht. Ein Parademarsch von Kavallerie mag weit interessanter sein, als ein solcher von Infanterie, aber das kann für die Budgetkommission nicht maßgebend sein.

Daß durch die Entwicklung der modernen Feuerwaffen die Bedeutung der Kavallerie für den Krieg auf ein Minimum beschränkt worden, ist eine Tatsache, die im Ernste nicht bestritten werden kann. Wenn sie konstatiert wird, so ist das auch für niemanden beleidigend, genau so, wie man den berühmten Landsknechtführer Georg von Frundsberg nicht herabsetzt, wenn man sagt, daß seine Mannschaften mit ihren Spießen, Hellebarden und Handbüchsen im heutigen Kriege nicht mehr verwendbar seien. Aber man ist im Offizierskorps außerordentlich empfindlich, wenn es angezweifelt wird, daß heute so große Kavalleriemassen, wie wir sie haben — gegen hundert Regimenter —, für die Landesverteidigung notwendig seien. Als dies vor vielen Jahren einmal der Abgeordnete Eugen Richter im Reichstage tat, fuhr ihn der damalige Kriegsminister von Kamecke heftig an, die preußischen Kavallerieregimenter hätten ihre Fahnen stets in Ehre getragen. Das hatte aber gar niemand bestritten. Auch später wurde von militärischer Seite stets die Notwendigkeit einer sehr starken Kavallerie behauptet.

Sieht man sich in der neueren und neuesten Kriegsgeschichte um, so wird man die Bedeutung der Kavallerie zu den Zeiten der Schlachten von Hohenfriedberg, von Roßbach und Zorndorf ganz gewiß nicht bestreiten. Aber schon in der napoleonischen Zeit war es anders. Bei Marengo und bei Preußisch-Eylau tritt die Kavallerie noch entscheidend auf. Aber schon bei Aspern mißlingt der große Angriff der schweren französischen Kavallerie; desgleichen bei Leipzig und bei Waterloo.

Von da ab geht die Bedeutung der Kavallerie rasch zurück. Schon im großen nordamerikanischen Bürgerkriege wurde die Kavallerie im wesentlichen nur zum Aufklärungsdienst und zu Streif- und Beutezügen gebraucht. Je mehr sich die Feuerwaffen verbesserten, desto mehr beschränkten sich die großen Kämpfe auf Infanterie und Artillerie. Mit den Hinterladern kam das vernichtende Schnellfeuer, dessen furchtbare Wirkung schon die hannoversche Kavallerie in der für sie siegreichen Schlacht von Langensalza 1866 erfahren mußte.

Im deutsch-französischen Kriege war dementsprechend die Rolle der Kavallerie, vom Aufklärungsdienst abgesehen, eine im Vergleich zu früheren Zeiten untergeordnete. Der große Angriff einer französischen Kavalleriebrigade in der Schlacht bei Wörth endete mit deren Vernichtung; sie kam unter dem Schnellfeuer der Zündnadelgewehre gar nicht an den Feind heran. Nicht besser erging es der französischen Kavallerie bei ihrem Massenangriff bei Floing in der Schlacht bei Sedan; die berühmten alten Regimenter wurden von dem Schnellfeuer der deutschen Infanterie völlig aufgerieben und die vor der Front befindlichen Generale fielen sämtlich bis auf den berüchtigten Galliset. Der nordamerikanische Kavalleriegeneral Sheridan, der dem zwecklosen Gemetzel zusah, meinte, das sei eine frivole Verschwendung von Menschenmaterial. Dies war wohl der letzte große Kavallerieangriff in einem auf europäischem Boden geführten Kriege. Der berühmte „Todesritt" der preußischen Kavallerie bei Vionville, den Freiligrath besungen hat, wurde unternommen, um den Feind aufzuhalten, bis Verstärkungen kamen, und er kann zu den großen Affären, welche eine direkte Entscheidung bezweckten, nicht gerechnet werden.

Im russisch-türkischen Krieg von 1877—78 kam die russische Kavallerie, mit deren Zahl man den verfaulten Westen so oft bange zu machen sucht, nicht entfernt in dem Maße zur Verwendung, wie bei früheren Gelegenheiten. Aehnlich war es im russisch-japanischen Kriege, bei dem man von besonderen Taten der Kavallerie nichts vernommen hat. In Japan ist die Remontierung schwierig gewesen, da man das japanische Pferd nicht zum Heeresdienst verwenden kann; ob die Versuche zur Hebung der Pferdezucht gelungen sind, ist uns nicht bekannt. Im Burenkrieg hat die Reiterei infolge der dortigen eigenartigen Verhältnisse ihre Bedeutung behalten, doch dürfte diese auf die Reiterei anderer Länder nicht zu übertragen sein. Schließlich hat man in dem soeben beendigten Balkankriege auch nicht bemerkt, daß die Kavallerie dort wichtige Entscheidungen herbeigeführt hätte.

Es ist deutlich genug zu bemerken: die historische Rolle der Kavallerie ist längst zu Ende. Daß es gelingt, sie zu erneuern, halten wir für ausgeschlossen. Die jetzige deutsche Kavallerie erscheint uns mit ihrer dreifachen Bewaffnung — Säbel, Lanze und Karabiner — etwas schwerfällig. Sie müßte sich erst erproben. Kavallerie, die als Infanterie verwendbar, hat man auch früher schon vielfach gehabt, ist aber wieder davon abgekommen. So bleiben für die Kavallerie nur der Aufklärungsdienst und die Streifzüge übrig, mit deren sie den feindlichen Streifzügen zu begegnen hat. Auch der Aufklärungsdienst wird ihr zum Teil durch Automobile und namentlich durch Luftfahrzeuge abgenommen.

Die „patriotische" Presse erhebt gegen die Parteien, welche die drei Kavallerieregimenter gestrichen haben, den Vorwurf, sie achteten keine Traditionen und ließen sich von dem „Traum" einer Abrüstung leiten. Was uns betrifft, so haben wir für überflüssige und kostspielige Traditionen nichts übrig, und wenn uns militärische Fachleute von der hohen Bedeutung der Kavallerie heute noch erzählen, so wissen wir, daß dies im Interesse von Lieblingswünschen einflußreicher Persönlichkeiten geschieht. Wenn aber irgendwo Sparsamkeit angebracht ist, dann hier.

Das Spießbürgertum aber, dem die Vermehrung der Kavallerie so vielen Kummer macht, kommt uns vor, wie gewisse weibliche Elemente, für welche das „zweierlei Tuch" ein Gegenstand der Andacht, wo nicht Anbetung ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Schlußergebnis der preußischen Landtagswahlen.

	Es sind endgültig gewählt:	Dem früheren Landtag gehörten an:
Konservative	148	155
Freikonservative	53	60
Nationalliberale	73	65
Fortschrittl. Volkspartei	39	37
Zentrum	103	103
Polen	12	14
Dänen	2	2
Sozialdemokraten	10	6
Antisemiten	2	—
Wild	—	1
Summa:	442	443

Es hat noch eine Stichwahl in Berlin XII. stattzufinden.

Der neue Landtag ist wieder vorwiegend agrarisch. Eine große Zahl von Abgeordneten, 114, bezeichnet sich selbst ausdrücklich als Landwirte. Aber hinter einer Reihe von anderen Bezeichnungen wie Landrat, Ritterschaftsdirektor usw. usw. verbergen sich auch noch Agrarier. Allein 93 werden von der „Täglichen Rundschau" dem Großgrundbesitz zugezählt. Verwaltungsbeamte wird der neue Landtag 22 als Mitglieder zählen, nicht eingerechnet in diese Verwaltungsbeamten sind aber die Landräte, die für sich gerechnet in einer Stärke von 35 Mann in den Landtag einziehen. Zu den Verwaltungsbeamten und Landräten kommen noch ein Dutzend ehemalige Staatsbeamte vom Kolonialgouverneur bis zum Ministerialdirektor, bis herunter zum Oberförster. Auch ein Dutzend Offiziere ziehen in den Landtag ein. Eine starke Gruppe bilden auch die Juristen. Der Landtag wird nicht weniger als 31 Rechtsanwälte und 41 Richter zählen. Verhältnismäßig am schwächsten ist der Handelsstand mit 14 Abgeordneten vertreten.

Parteiverschiebungen haben nur in 33 von den 276 Wahlkreisen stattgefunden. Hierbei muß noch einmal daran erinnert werden, daß in 70 Kreisen mit 126 Mandaten überhaupt keine Gegenkandidaten aufgestellt waren. Unter den 443 Mitgliedern des Landtages sind noch keine 100, die neu in das Parlament einziehen, und ein guter Teil von den neu Einziehenden verdankt ihr Mandat auch nur der Mandatsmüdigkeit ihrer Vorgänger oder dem freiwilligen Austausch zwischen befreundeten Parteigruppen. An einem Wahlrecht, das solche Konservierung ermöglicht, müssen doch die Konservativen mit Leib und Seele hängen.

Steuerfreiheit der Fürsten.

In Nr. 11 der „Deutschen Juristenzeitung" wendet sich Professor Dr. Gerhard Anschütz mit Entschiedenheit gegen die staatsrechtlich und verfassungsrechtlich unsinnige Ansicht, die Fürsten unterlägen der direkten Besteuerung durch das Reich nicht. Diese Auffassung beruht, wie Anschütz darlegt, auf zwei Lapidarirrtümern, die Graf v. Westarp im Reichstag aufstellte und die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dann in ihrer von jeglicher Kenntnis des Staatsrechts denat. [illegible] Hilflosigkeit nachbetete. Sie gehen dahin: 1. Die Fürsten unterliegen in den einzelnen Staaten nicht der direkten Besteuerung. 2. Das Reich leitet seine Befugnisse von den Einzelstaaten ab. Beide Sätze sind haltlose Phantasien. Der erste Satz gilt z. B. weder für Württemberg noch für Baden, noch für Preußen, vielmehr unterliegen z. B. in Preußen die Fürsten der Gewerbesteuer, der Gebäude- und Grundsteuer und sind nur durch ausdrückliche Vorschrift in gewissem Umfange von der Einkommen- und Gemeindesteuer frei. Der Schluß, daß die Reichssteuerfreiheit eine Folge einzelstaatlicher Steuerfreiheit sei, ist also schon wegen der Irrigkeit des Vordersatzes verfehlt. Er beruht aber auch auf völliger Verkennung der Souveränität des Reichs. Anschütz geht der Quelle nach, auf der die unsinnige Auffassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" beruht, die Besteuerung der Fürsten sei „begrifflich ausgeschlossen". Denn es sei begrifflich unmöglich, daß dem Fürsten „für seine Person die Entrichtung einer Steuer an die von ihm selbst verkörperte Staatsgewalt obliegt". — Anschütz führt aus:

> Das Ursprungsland dieser seltsamen Begriffe ist dem Sachkenner nicht fremd: es ist die Gedankenwelt des Absolutismus. Und zwar nicht die aufgeklärten, in der Schule des Naturrechts verfeinerten Absolutismus Friedrichs des Großen für den — wiederum sei an jenes Wort mit seinem Ewigkeitswert erinnert — der König nur der erste Diener des Staates war, sondern des ganz missiven Despotismus im Stile Louis XIV., mit dem Kennwort „l'Etat c'est moi". Staat und Fürst sind eines und dasselbe, also kann, da niemand sich selbst etwas wegzunehmen vermag, der Staat den Fürsten nicht besteuern! Hat der Herr Offiziosus keine Ahnung von der Primitivität der Staatsauffassung, die aus solchen Argumentationen spricht?

Der Verfasser legt dann noch dar: wer so die Steuerfreiheit der Fürsten behauptet, für den besteht auch keine gesetzliche Bindung des Monarchen überhaupt. Nach ihm wäre der Monarch auch nicht an die Verfassung gebunden. Anschütz schließt seinen Aufsatz:

> Die hier besprochene Frage ist alles andere als eine sogenannte Doktorfrage. Sie ist von größter politischer Tragweite. Man will der Reichsgewalt das Recht abstreiten, Gesetze zu erlassen, die verbindlich sind für jeden im Reich; man will das Reich seiner Souveränität berauben. Da heißt es: caveant consules. Möge der Reichstag ein besserer Anwalt des Reichsgedankens und des modernen Staatsgedankens sein als die Reichsregierung; möge er wie schon bei der ersten Beratung so auch bei der endgültigen Beschlußfassung über die „Deckungsvorlagen" mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen einlegen, daß „die Landesfürsten der Besteuerung des Reiches nicht unterliegen".

In der Tat handelt es sich bei dem Vorstoß für eine Steuerfreiheit der Fürsten um einen Umsturz der Reichsverfassung. Es ist interessant, bei diesem Versuch die Konservativen Arm in Arm mit dem Reichskanzler zu sehen.

Die direkten und indirekten Steuern in den Großstaaten.

Zur Verteidigung der Wehrsteuervorlage hat der Reichsschatzsekretär den Mitgliedern der Budgetkommission eine 230 Seiten starke Druckschrift zugehen lassen, die Angaben über die steuerlichen Verhältnisse in Deutschland, Frankreich, England und Oesterreich enthält. Natürlich soll mit diesem Material gezeigt werden, daß wir eigentlich in Deutschland in steuerlicher Beziehung noch am besten daran sind, daß Frankreich, Oesterreich und England viel mehr und rigorosere Steuern erheben als die deutsche Reichsregierung. Bei auch nur flüchtiger Durchsicht der Zusammenstellungen ergibt sich aber, daß ein solcher Beweis mit allen Mitteln der künstlichen Gruppierung nicht zu erbringen ist. Um nur eins herauszugreifen, werden in Deutschland an direkten Steuern erhoben 50,7 Prozent; daran sind aber nun natürlich eingerechnet alle die direkten Steuern, die in den Bundesstaaten und für Rechnung der Bundesstaaten zur Erhebung gelangen. An eigentlicher direkter Reichssteuer kommt nur die Erbschaftssteuer mit 1,52 % in Frage. Frankreich erhebt schon an Erbschaftssteuer 7,82 % und in Oesterreich entfallen auf die Erbschaftssteuer 4,44 %. Wenn in beiden Staaten die direkten Steuern niedriger angegeben sind, in Frankreich mit 28,15 % und in Oesterreich mit 27,44 %, so liegt das eben daran, daß dort nicht 25 Bundesstaaten mit verschiedenen Steuersätzen und Steuererträgnissen vorhanden sind, die dann als Gesamtsteuereinnehmer erscheinen. Ganz auffällig sticht England mit seinen steuerlichen Verhältnissen gegen Deutschland ab. Es hat eine Erbschaftssteuer, die 10,99 %, direkte Steuern, die 55,88 % aller Steuereinnahmen ausmachen, so daß einem Gesamtanteil von 66,87 % direkter Steuern nur wenig über 30 % indirekter Steuern gegenüberstehen, während Deutschland selbst nach der Aufstellung des Schatzsekretärs rund 50 % seiner Einnahmen aus indirekten Steuern zieht. Würde man nur die Reichseinnahmen rechnen, dann kämen in Deutschland fast 99 % aller Einnahmen auf die indirekten Steuern. — Man könnte nur zufrieden sein, wenn sich die Reichsregierung das englische Steuersystem aneignen wollte.

Fideikommisse in Preußen.

Nahezu 7 Prozent der gesamten Bodenfläche des preußischen Staates sind fideikommissarisch gebunden. Besonders in den letzten Jahren haben die Fideikommisse außerordentlich zugenommen. Von 1890 bis 1900 sind 116 neue Fideikommisse gegründet worden, also im Durchschnitt jährlich mehr als 11. 1906, als die Wirkung der erhöhten Getreidezölle einsetzte, nahm die Fideikommißbildung einen fast doppelten Umfang an; 1906 wurden 23, 1907 16, 1908 19, 1909 25 und 1910 17 Fideikommisse neu begründet. Es wurden also seit 1906, das heißt unter unter den erhöhten Getreidezöllen, jährlich 20 neue Fideikommisse gegründet, während es in der Aera Caprivi nur jährlich 11,6 waren. Aus dem amtlichen Bericht über das Jahr 1910 sei folgendes wiedergegeben:

„Am Ende des Jahres 1910 waren in Preußen 2 401 737 Hektar oder 6,89 Prozent des Gesamtumfanges des Staates fideikommissarisch gebunden. Von den 17 neu errichteten Fideikommissen liegen vier im Regierungsbezirk Oppeln, drei im Bezirk Breslau, je zwei in den Bezirken Frankfurt a. O. und Marienwerder und je einer in den Bezirken Königsberg, Danzig, Bromberg, Lüneburg, Münster und Kassel. Die neu errichteten Fideikommisse haben eine Gesamtfläche von 22 323 Hektar; außerdem wurden in demselben Jahre noch den bereits bestehenden Fideikommissen durch Erweiterung eine Fläche von 2570 Hektar angeschlossen, so daß für das Jahr 1910 ein Gesamtzugang von 24 993 Hektar vorliegt. Aufgelöst wurden zwei Fideikommisse mit zusammen 1127 Hektar Fläche und abgelöst durch Verkleinerung von bestehenden Fideikommissen 1675 Hektar, so daß also ein Gesamtabgang von 2803 Hektar vorliegt. Es betrug somit der Mehrzugang an Fideikommissen 15 und an Fideikommißfläche 22 189 Hektar. Auf die Gesamtfläche des preußischen Staates berechnet, betrug der Mehrzugang an Fideikommißfläche 0,07 Prozent.

Den größten Zuwachs an Fideikommißfläche weist die Provinz Schlesien mit 9123 Hektar auf; es folgen dann in weitem Abstande Westpreußen mit 4732 Hektar und Hannover mit 2768 Hektar. Drei Provinzen haben dagegen einen Mehrabgang von Fideikommißfläche zu verzeichnen, nämlich Pommern mit 990 Hektar, Schleswig-Holstein mit 572 Hektar und Sachsen mit 41 Hektar. Bezüglich der Verteilung der Fideikommißfläche steht die Provinz Schlesien mit 16,94 % weit über dem Staatsdurchschnitt von 6,89 %. Die größte Ausdehnung der Fideikommißfläche findet sich in den Regierungsbezirken Oppeln mit 21,6 % und Stralsund mit 21,1 %, wo sie also mehr als ein Fünftel der gesamten Oberfläche beträgt und den Staatsdurchschnitt um mehr als das Dreifache überhebt. Am wenigsten ist der Grund und Boden in den Provinzen Hannover mit 2,11 % und Rheinland mit 2,92 % fideikommissarisch gebunden.

Im Berichtsjahre 1910 waren von dem fideikommissarisch gebundenen Besitz im Staate 46,6 % Waldfläche. Nach Regierungsbezirken ist die Fideikommißwaldfläche am größten in den Regierungsbezirken Trier mit 78 % und Arnsberg mit 76,7 %, während sie in den Bezirken Aurich und Stralsund 18,7 und Schleswig 16,9 % des gesamten fideikommissarisch gebundenen Besitzes beträgt."

Die wenig heißende Zunahme der Fideikommisse ist der beste Beweis, wie die Landwirtschaft unter der agrarischen Schutzpolitik gedeiht. Es gibt jetzt keine bessere Kapitalsanlage, als große Latifundien, für die der Staat durch seine Agrarpolitik die Rentabilität sichert.

Die Nationalliberalen

haben für die Nachwahl im Reichstagswahlkreis Waldeck-Pyrmont Wahlenthaltung proklamiert. Bekanntlich hetzt dort der Fortschrittler Pfarrer Naumann gegen den bisherigen Abgeordneten, den Antisemiten Vietmeyer zur Wahl. Vietmeyers Wahl war für ungültig erklärt worden, die Nachwahl findet am 11. Juni statt. Naumann soll große Aussichten haben, gewählt zu werden; diese Aussichten werden aber durch die Stimmenthaltung der nationalliberalen Bundesbrüder nicht besonders gefördert. Vor einiger Zeit hieß es, daß die Nationalliberalen gar im ersten Wahlgang gleich für den Antisemiten eintreten würden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet, worin beantragt wird, bei der geplanten reichsgesetzlichen Regelung des Submissionswesens auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Dies soll derart geschehen, daß die öffentlichen Arbeiten möglichst in die geschäftsstille Zeit und in die Perioden größerer Arbeitslosigkeit verlegt werden.

Aus dem württembergischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zum Etat des Ministeriums des Innern den Antrag gestellt, die Regierung möge im Bundesrat für schleunige Vorlegung eines Reichswohnungsgesetzes im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 22. Mai 1912 eintreten. Weiter beantragte unsere Fraktion die Einrichtung eines Wohnungsfürsorgefonds, dem sofort eine halbe Million und in den Jahren 1914—1918 ein jährlicher Betrag von 100 000 Mark zuzuführen ist. Aus diesem Fonds soll Gemeinden und gemeinnützigen Baugenossenschaften Kredithilfe gewährt werden durch Uebernahme der Bürgschaft und Verzinsung und Amortisation anderweitig aufzunehmender Darlehen und durch unmittelbare Gewährung von Darlehen. Die Fraktion beantragte ferner die Einstellung eines Arztes als Gewerbeinspektor im Hauptamt; bisher war ein Arzt bei der Gewerbeinspektion nebenamtlich tätig. In der Dienstagssitzung der Zweiten Kammer stand die landespolizeizentrale zur Beratung, deren Errichtung von der Regierung vorgeschlagen ist. Der Budgetausschuß hatte die hierfür geforderten Mittel mit Stimmengleichheit abgelehnt. Im Plenum erklärten sich die Redner der Konservativen, des Zentrums und der großen Mehrheit der Nationalliberalen für Genehmigung, die Sozialdemokraten und Volksparteiler für Ablehnung. Während aber von volksparteilicher Seite nur Zweckmäßigkeitsgründe für den Regierungsvorschlag geltend gemacht wurden, stellten sich unsere Redner Sperka und Dr. Lindemann auf den prinzipiellen Standpunkt, daß zur selbständigen Gemeindeverwaltung auch die Gemeindepolizei gehöre. Diese aber werde durch die Landeszentrale mindestens in Stuttgart beschränkt. Dem Regierungsvorschlag lägen überdies politische Motive zugrunde: man fürchte den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Rathaus und damit auf die Gemeindepolizei. — Der Minister des Innern bestritt ganz entschieden, daß politische Gründe maßgebend seien. Er denke nicht an die Verstaatlichung der Stuttgarter Polizei. Es sei nur eine polizeiliche Nachrichtenzentrale für das ganze Land zur Verfolgung von Verbrechern geplant. — Dr. Lindemann erwiderte, wenn man dieser Ministererklärung noch so viel Vertrauen schenken wolle, so werde doch der Minister nicht ewig in seinem Amte bleiben. Die Sozialdemokratie biete zur Abbröckelung der Gemeindeselbstverwaltung auf dem Gebiete des Polizeiwesens nicht den kleinen Finger.

Von der Volkspartei wurde der Antrag gestellt, die ganze Materie zur Prüfung der Rechtsfragen an den staatsrechtlichen Ausschuß zu verweisen. Da die Nationalliberalen erklärten, für diesen Antrag stimmen zu wollen, ist es möglich, daß derselbe bei der auf Mittwoch verschobenen Abstimmung angenommen wird.

Zur Beantwortung einer Interpellation Haußmanns (Volkspartei) über die elsaß-lothringischen Ausnahmegesetze erklärte sich die Regierung bereit, behielt sich aber vor, den Termin der Beantwortung noch zu bestimmen.

Österreich-Ungarn.

Sturm gegen die ungarischen Regierungs-Panamisten. Der Freispruch Deins brachte Dienstag abend große Demonstrationen, 10 000 Menschen zogen durch die Straßen Budapests und demonstrierten gegen die Regierung. Die Oppositionspartei beschloß, am Mittwoch an der Reichstagssitzung teilzunehmen. Am Mittwoch vormittag 9 Uhr verließ die Opposition ihr Klublokal und zog, begleitet von Riesenmengen, nach dem Reichstag. Im Beratungssaal verlas der Führer der Opposition, Justh, ein Manifest. Als Präsident Tisza den Beratungssaal betrat, brach ein furchtbarer Sturm los. „Dieb, Betrüger, gib das gestohlene Geld heraus! Du hast auch gestohlen!" so wurde ununterbrochen gerufen. Tisza konnte nicht zu Worte kommen. Bei dem Eintritt des Ministerpräsidenten Lukacz steigerte sich der Sturm: „Dieb, Panamist, hinaus mit dem Schurken!" tönte es von allen Seiten. Tisza und die Regierung mußten den Saal verlassen. Tisza gab nun der neuen Parlamentswache den Befehl, in den Beratungssaal zu marschieren und die Opposition zu umzingeln. Hauptmann Geröe kommandierte den Trupp, ungefähr 150 Mann; beim Einmarsch in den Saal brachen die Abgeordneten in Pfuirufe aus. **Hauptmann Geröe zog den Degen und hieb zweimal auf den Abgeordneten Hedervary ein, der bluttriefend zusammenstürzte.** Die Folge war ein gewaltiger Tumult. Gendarmen umstellten den Beratungssaal. Als Tisza dann wieder den Saal betrat, verließ die Opposition unter lauten Verwünschungen auf ihn den Sitzungssaal. Tisza eröffnete die Sitzung, erklärte, daß der Offizier von Abgeordneten beschimpft worden sei und einen am Kopf verwundet habe. Da der Offizier dem Militärgericht unterstehe, werde der Fall diesem Gericht übergeben. Sodann verkündete Lukacz die Demission der Regierung. Das Haus vertagte sich auf unbestimmte Zeit. — Auf den Straßen herrschte äußerst reges Leben. Die Arbeiter großer Fabriken verließen schon um 8 Uhr die Arbeit; ungefähr 20 000 Mann stark zogen sie, immer verstärkt durch Arbeitslose und Neugierige, nach dem Parlament. Vor dem Parlament stand großes Aufgebot von Militär, Gendarmen und Polizei. Die Arbeiter wurden zurückgedrängt, sie zogen auf große Plätze, hielten dort Versammlungen ab. Die Polizei ließ sie gewähren. Der Verkehr stockte vollständig.

Die Vorgänge im Reichstage haben dem Immunitätsausschuß, einer der Reaktion ergebenen Gesellschaft, Veranlassung gegeben, dem einen Gewaltakt weitere hinzuzufügen. Der Ausschuß hat beschlossen, 14 Abgeordnete wegen grober Verletzung der Würde des Hauses auf Grund der Geschäftsordnung auf je 5 Tage auszuschließen und sie zu einer Geldstrafe von täglich 20 Kronen während der Ausschließung zu verurteilen. Gegen den Abgeordneten Andreas Roth, der trotz seiner Ausschließung im Hause erschien, beantragte der Ausschuß eine Geldstrafe von 500 Kronen.

Dänemark.

Ein sonderbares Urteil. Das Hof- und Staatsgericht hat am Dienstag ein Urteil gefällt, das an Unverständlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und geeignet ist, in den Kreisen der organisierten Arbeiter große Unruhe hervorzurufen. Ein früheres Mitglied des Maurerverbandes, das schon mehrere Male ausgetreten und auch ausgeschlossen war, weil es gegen die Statuten verstieß und besonders zu niedrigeren Preisen arbeitete, als der Tarif vorschrieb, auch schon den Streikbrecher spielte, verlangte nun seine Wiederaufnahme in den Verband, was ihm gegen Bezahlung einer Buße auch gewährt werden sollte. Aber damit nicht einverstanden, ging er hin und klagte gerichtlich um Aufnahme in den Verband. Das Gericht kam auch zu dem Urteil, daß der Betreffende wieder aufzunehmen sei, und erkannte ihm 800 Kr. Schadenersatz zu, die ihm der Verband zahlen soll, ebenso 5 Kr. täglich, solange der Verband die Aufnahme verweigert. Das Urteil ist geradezu ungeheuerlich. Danach könnte jeder Verräter und Lump, der zufällig mal einer Arbeiterorganisation angehörte, aber wegen seiner ehrlosen Gesinnung ausgeschlossen wurde, seine Wiederaufnahme erzwingen. Wird das Urteil in der Berufungsinstanz bestätigt, was hoffentlich nicht der Fall ist, müssen die Arbeiter Mittel und Wege finden, sich trotzdem solche Subjekte vom Halse zu halten.

Holland.

Wahlrechtsdemonstrationen. Amsterdam, 3. Juni. Der „Rote Montag", d. h. die Wahlrechtsdemonstrationen tagsüber an einem Wochentage mitten im Wahlkampf, ist glänzend gelungen. Viele Zehntausende von Arbeitern hatten sich einen halben Tag freigemacht, um an den Demonstrationen und Meetings teilzunehmen. In Amsterdam gab es 15 000 Demonstranten, die nach dem Meeting in einem Zuge, der fast dreiviertel Stunden lang war, durch die Arbeiterviertel marschierten. In Rotterdam waren 5000 Demonstranten da, in Arnheim 2000, Groningen 1500, in Leeuwarden 2500. Abends gab es in kleineren Städten ebenfalls Meetings und Aufzüge, die massenhaft besucht waren, so in Utrecht von 2000, in Helder von 3000, in Heeren von 1000, in Assen von über 2000 Arbeitern usw. Die Demonstration wird ihr Ziel erreicht haben: im ekelhaften Hader der bürgerlichen Parteien um die Staatsmacht, wobei jedes Prinzip längst abhandengekommen ist, die Hauptforderung der Arbeiterklasse, das allgemeine Wahlrecht mit einem kräftigen Ruck in den Vordergrund des politischen Interesses zu stellen.

Balkan.

Zur Lage. In Belgrad ist die Meldung von einem neuen bulgarisch-serbischen Grenzzwischenfall eingetroffen. Ein bulgarisches Infanterie-Regiment und eine Feldbatterie hätten die Grenze überschritten und eine strategische Stellung bei Istip eingenommen. Auf höheren Befehl hätten die Serben nicht gefeuert. Alle von serbischer Seite erhobenen Vorstellungen, die Truppen zurückzuziehen, seien ergebnislos geblieben. Der serbische Gesandte in Sofia sei beauftragt worden, ernste Vorstellungen zu erheben.

Eine weitere Meldung aus Saloniki besagt: Zwei Batterien des 7. bulgarischen Artillerie-Regiments, sowie 5000 Mann bulgarischer Infanterie sind von Serres nach der Gegend des Pangäon-Gebirges zur Verstärkung der dortigen Truppen abgegangen. Die Bulgaren verstärken auch ihre Stellung bei Eleftheria. Alle noch hier befindlichen serbischen Offiziere und Soldaten bekamen Order, sich nach Uesküb zu begeben.

In Paris ist gestern mittag die internationale Finanzkommission zur Regelung der mit dem Balkankrieg zusammenhängenden Finanzfragen eröffnet worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 5. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Unsere Frauen. Wie oft hat man sie besungen, unsere Frauen, wie oft werden sie noch heute in Liedern und Reden gefeiert und doch, was sind das alles anders als Worte, die der Mund spricht. Wem seine hohe Achtung vor den Frauen aus dem tiefsten Herzen kommt, der ist bei solchen Worten nicht zufrieden, der zeigt seine Wertschätzung der Frau durch die Tat, durch ein freudiges Streben nach einer neuen Lebensordnung, in der die Frau die großen Werte, die sie in sich birgt, im Interesse des Ganzen nutzbringend verwerten kann.

Unser ganzes heutiges Leben ist nichts als einseitige Männerarbeit. Wenig oder gar nicht vermag die Frauenseele auf unser Zusammenleben einzuwirken. Wohl ist die Frau im Wirtschaftsleben tätig, doch sind allein wirtschaftliche Gesichtspunkte dabei maßgebend und die Frauenart findet wenig Beachtung, ja, die Frau hat vielfach eine Arbeit zu verrichten, die ihrer weiblichen Natur ganz und gar widerspricht und ihr nach und nach das schöne Weibliche naturnotwendig rauben muß. Wenn jene oberflächlichen Frauensänger auch nur einigermaßen das fühlten, was sie sprechen, dann würden sie es auch nicht dulden wollen, daß so manche junge Mutter schon nach einigen Tagen wieder von der Not hinausgetrieben wird in die Fabrik. Aber es fehlt ihnen eben das tiefere Empfinden und darum das tiefere Verständnis für ein Mutterherz.

Wer die Frauen wahrhaft schätzt, der sucht ihnen auch die politische Gleichberechtigung zu erringen. So lange die Frau mit ihrem reichen Gefühlsleben in einem Gemeinwesen nicht mitwirkt, spiegelt sich der nüchterne Verstand des Mannes einseitig in allem wieder. Erst dann ist das Zusammenleben harmonisch, wenn alle Kräfte zusammenwirken, die die Natur geschaffen hat, das männliche Denken und das weibliche Fühlen; erst solch ein Zusammenleben ist natürlich und darum sittlich.

Von solchen Sittlichkeitsbegriffen suchen sich jene frauenfeindlichen Frauenfreunde natürlich fern zu halten. Sie haben sich eine Sittlichkeit geschaffen, die ohne die rechte Grundlage ist und und sich gestalten und bilden läßt, wie es gerade paßt. Hätte ihre sittliche Anschauung eine natürliche Grundlage, nähmen sie in ihrem sittlichen Streben die Natur, unser aller Mutter, als Lehrmeisterin, dann müßten sie naturnotwendig

zu einer Anerkennung der Frau und ihrer Rechte gelangen, denn unnatürlich ist es, Werte, die die Natur der Frau gegeben, nicht in vollem Maße zu benutzen, sie oft gar verkümmern zu lassen. Zu einer Anerkennung der Frauenrechte zwingt uns die Natur und darum ist es unsere natürliche, also sittliche Pflicht, daß wir der Frau diese Rechte zu gewinnen suchen.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 9. Juni 1913, abends 6 Uhr, im Rathause abgehalten wird, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Nachbewilligung von 23 500 Mk. zu den Kosten der Herstellung eines Kohlenlöschplatzes unterhalb des Konstinplatzes. 2. Sicherheitsdienst im Hafengebiet.

Eine gutbesuchte Versammlung der in der Konservenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Mittwoch dem 4. Juni im Gewerkschaftshause. In ausführlicher Weise wurde über die Lohnbewegung verhandelt; es wurden die schlechten Lohnverhältnisse, die augenblicklich noch in der Konservenindustrie vorherrschend sind, scharf kritisiert. Von einigen Rednern wurden der Versammlung interessante Mitteilungen über Zustände in dieser Branche gemacht, die jedenfalls auf das schlechte Organisationsverhältnis, wie es in verschiedenen Betrieben bis dato vorhanden war, zurückzuführen sind. Jetzt scheint es, als wenn endlich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Konservenfabriken beschäftigt sind, sich ihrer Lage bewußt werden, daß sie einmal Einsicht bekommen haben, in welchen traurigen Verhältnissen sie noch arbeiten müssen. Manche von ihnen haben sich nunmehr der Organisation angeschlossen. Leider hat dieses heute morgen auch schon ein Opfer gefordert, indem eine bei der Firma Charlotte Erasmi beschäftigte Arbeiterin, die in der Versammlung Mißstände an die Oeffentlichkeit brachte, entlassen wurde. Von seiten des Vorarbeiters ist ihr erklärt worden, er hätte keine Arbeit für sie, sie möchte warten bis um 8 Uhr. Dann erfolgte die Entlassung mit der Bemerkung, daß sie den Grund wohl selbst wüßte. Dieses Gebaren des Vorarbeiters ist gar nicht scharf genug zu verurteilen. Die Arbeiterschaft, die im Betriebe gute Verhältnisse schaffen will, soll von dieser Seite daran gehindert werden. Das ist ein trauriges Zeichen, zumal, wenn man bedenkt, daß der Betreffende selbst in der Versammlung anwesend war. Besser hätte es ihm gestanden, wenn er seinen Mitarbeitern und Arbeiterinnen erklärt hätte: gemeinschaftlich wollen wir uns der Organisation anschließen, wollen diese Zustände, die nun einmal im Betriebe bestehen, zu beseitigen suchen. Hoffentlich wird aber die übrige in dem Betriebe beschäftigte Arbeiterschaft sich dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern unentwegt für die Interessen des Verbandes eintreten, durch den allein nur eine Besserung der Lage zu erwarten ist. Eine Resolution hat einstimmige Annahme gefunden — auch der Vorarbeiter hat nicht dagegen gestimmt —, die besagt, daß die in der Konservenbranche beschäftigte Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge tragen will, daß sämtliche Arbeiter sich der Organisation anschließen, weil nur durch diese Verhältnisse geschaffen werden können, die erträglich für die Arbeiterschaft zu nennen sind, und daß ferner auch nur durch einen festen Zusammenschluß die Macht der Fabrikherren gebrochen werden kann.

b. **Schöffengericht** vom 5. Juni. Türkenlose. Die Anreizung zum Lotteriespiel ist an sich eine Sache, die der geldbedürftige Staat und ebensolche Gesellschaften zu „wohltätigen" Zwecken betreiben. Sie wenden sich dabei an die Bevölkerung nicht um diese „glücklich" zu machen, sondern um Geld aus ihr herauszuziehen. Den Mittelspersonen steht die Aufgabe zu, unter allerhand verlockenden Aussichten die Lose zu vertreiben. Eine besondere Vorsicht ist beim Spiel mit Türkenlosen geboten. Deren Handel wird seit ihrem Bestehen (1871) unter den verschiedensten Usancen betrieben. Das Handelsgeschäft mit Losen — nicht als Wertpapiere — hat den Gerichten schon allerhand zu schaffen gemacht, und auch das hiesige Gericht hat sich vor einiger Zeit damit befassen müssen. Es kam damals zu einem Freispruch. Großer Beliebtheit erfreuen sich diese Prämienobligationen nicht, und man kann gegenwärtig auch nicht behaupten, daß das türkische Reich an Kreditfähigkeit gewonnen hätte, die zugunsten des osmanischen Staatspapiers spräche. Die Lose sind zwar börsenfähig, ein Teil davon ist auch mit dem deutschen Reichsstempel versehen, doch schwankt ihr Kurs mitunter sehr. Sie sollen jetzt auf 158 Mk. stehen. Im Umlauf befinden sich noch 1 809 000 Lose, die letzte Ziehung findet 1974 statt, es ist also für den glücklichen Besitzer dieses Papiers eine große Portion Geduld notwendig, bis „im günstigsten Falle" ein Treffer gezogen wird. Der Kaufmann M. bot solche Prämienobligationen an. In seinen Prospekten machte er glauben, daß in der heutigen Zeit, wo sich der Existenzkampf aufs äußerste steigere, mit geringem Risiko für wenig Geld ein großer Gewinn zu erzielen sei. Man brauche nur ein türkisches 400-Frank-Los zu kaufen, müsse sich aber rasch entschließen, weil sich die Lose einer großen Beliebtheit erfreuten und rasch vergriffen seien. Dies ist natürlich nur eine Suggestion des Hereinfallenden, denn das Geschäft war nach Aussage des Angeklagten so schlecht, daß er in einem halben Jahr 18 000 Mk. zugesetzt haben will. Wer so dumm ist, auf den Leim zu gehen, den geschäftsgerissene Loshändler auf das Papier aufstreichen lassen, muß den Schaden eben tragen. Anders verhält es sich, wenn die Anpreisungen mit Absicht eine Täuschung vorzaubern. In diesem Falle wird dem Kaufmann M. vorgeworfen, daß er auf dem Bestellschein — den er ungeprüft einem andern Loshändler nachgedruckt haben will — sagte, gegen 3,20 Mk. werde ein Los übertragen. Daß für 3,20 Mk. kein Türkenlos für 400 Fr. Nennwert zu haben ist, sollte jeder meinen, und doch gabs Leute, die darauf hineinfielen. Erst der spätere Depotschein machte den Hereingefallenen klar, daß dieser Betrag eine monatliche Vergütung bildet für Drucksachen, Handlungsunkosten, Kommission, Provision und Verzinsung der Kapitalanlage des Loses. Kommt dieses bei der Ziehung zum Nennwert heraus, dann nimmt erst der türkische Staat 40 Proz. und das Los muß bezahlt werden, dann bleibt nicht viel oder gar nichts mehr für den Losbesitzer übrig. Käufer und Loshändler erreichen auch nicht immer das biblische Alter, um die letzte Ziehung bis 1974 abzuwarten. Nach Aussage des Sachverständigen ist die Vergütung, die der Loshändler beanspruchte, um die Hälfte höher als ein Bankhaus fordern würde. Die Gewinn-Aussichten würden bei den Türkenlosen stets minder, die Nieten steigerten sich bei der ungeheuren Zahl der Lose immer weiter, wie überhaupt gerade diese Obligationen die ungünstigste Stellung im Vergleich mit anderen aushielten. Ein gewissenhafter Bankier empfehle diese Lose überhaupt nicht. Die mehrstündige Verhandlung drehte sich vor allem um die irrigen Vorstellungen, die M. mit Prospekten und Bestellscheinen über den Kaufpreis erregt haben soll. Der Staatsanwalt bejahte die angezogenen Fragen und forderte wegen Betrug 3 Monate Gefängnis, der Verteidiger hält das Ganze für einen reinen Geschäftsabschluß, bei dem jeder die Augen auftun müsse. Es brauche ja keiner auf die Angebote einzugehen. Das Gericht nimmt Betrug als gegeben an. Es handle sich nicht nur um Vorspiegelung unwahrer Tatsachen, sondern auch um die Unterdrückung wahrer Tatsachen. Vor allem sei nicht gesagt worden, daß die Lotterie bis zum Jahre 1974 laufe und daß die türkische Regierung 40 Proz. vom Gewinn abziehe. Das Ganze sei darauf angelegt gewesen, wenig Intelligente und Dumme zu fangen. Es müsse deshalb auf einen Monat Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe eventuell weiteren 50 Tagen Gefängnis erkannt werden, da im großen Umfange auch kleine Leute geschädigt würden. In den vorliegenden Fällen waren die „Intelligenten" Handwerker, Kaufleute und eine Offiziersfrau. — Wegen Schutzmannsbeleidigung war eine verwitwete Arbeiterin P. angeklagt. Sie hatte einem Polizeier sittliche Verfehlungen nachgesagt, die schwersten belastenden Momente jedoch während der Verhandlung als unwahr und direkt erfunden wieder zurückgenommen. Sie wurde zu Monaten Gefängnis verurteilt. Der frühere Liebhaber dieser Frau, Arbeiter Kl., erzählte die Geschichte auf der Polizeiwache weiter, als man ihn auf Anzeige der Witwe dorthin brachte. Das Urteil lautet bei der Frau auf 80 Mark Geldstrafe oder 25 Tage Gefängnis, bei Kl. auf 25 Mk. oder 8 Tage Gefängnis. Beantragt waren gegen die Frau 4 Monate und gegen den Mann 2 Wochen Gefängnis. Die Verhandlung fand teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, doch durften die Berichterstatter ihr beiwohnen.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats Juni 1913. Nach den Meldungen der ehrenamtlichen Berichterstatter der 16 Saatenstandsberichtsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang Juni folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Winter-Weizen Nr. 2,3 (Anfang Mai 1913: 2,1), Winter-Roggen Nr. 2,6 (2,4), Sommer-Gerste Nr. 2,8, Hafer Nr. 2,2, Kartoffeln Nr. 2,4, Klee Nr. 2,5 (2,2), Bewässerungs-Wiesen Nr. 2,3 (2,5), andere Wiesen Nr. 2,7 (2,6). Die seit dem 5. Mai fast ununterbrochen herrschende Trockenheit hat die Entwickelung aller Pflanzen meist etwas gehemmt, doch wurde der Stand des Getreides nach den Berichten einzelner Berichterstatter durch die Mitte Mai eingetretene warme Witterung günstig beeinflußt. Der Roggen steht teilweise bereits in Blüte.

Für die Verstärkung des Sicherheits- und Feuerschutzes am Hafen bewilligte die Kaufmannschaft auf Antrag der Handelskammer die Summe von 20 000 Mark. Die Veranlassung dazu sind die Brände, welche vor einigen Wochen am Hafen großen Schaden anrichteten. Die eingeleiteten Untersuchungen haben zwar ergeben, daß bezüglich der Feuersicherheit am Hafen keinerlei Verschlechterungen eingetreten und daß die Verhältnisse hier auch nicht ungünstiger wie an anderen Orten sind, doch hält man eine schärfere polizeiliche Bewachung am Hafen für notwendig.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Strecke der Schwartauer Allee von der Karlstraße bis zur Hochstraße vom Donnerstag, den 5. Juni dss. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von etwa 14 Tagen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein. Der Fuhrwerksverkehr wird in dieser Zeit durch die Hochstraße, Josephinenstraße, Einsiedelstraße und Karlstraße geleitet.

Stapellauf. Auf der Schiffswerft von Henry Koch lief gestern ein für die Hamburger Reederei A. Kirsten erbauter Dampfer vom Stapel, der den Namen „Valeria" erhielt. Das Schiff ist 240 Fuß engl. lang, 36 Fuß breit, 18 Fuß Seitentiefe bis Hauptdeck. Die Ladefähigkeit beträgt 2200 Tons, die Fahrgeschwindigkeit 10 Knoten.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 6. ds. M., abends 6—7 Uhr.

Travemünde. Parteiversammlung. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet nächsten Sonntag, dem 8. Juni, im Lokale von Westphal statt. Genosse Bromme wird einen Vortrag über „Ferdinand Lassalle und die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" halten. Außerdem stehen andere wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Freitag — von 5—8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, Gasthof „Transvaal", statt.

Mölln. Der Sozialdemokratische Verein für den 8. und 10. Reichstagswahlkreis wird am Sonntag, 8. Juni, in Mölln seine Generalversammlung abhalten. Der Sekretär des Vereins hat jetzt seinen Bericht herausgegeben, der diesmal nur die drei Quartale vom 1. Juli 1912 bis zum 31. März 1913 umfaßt. Er kann wiederum von einer recht lebhaften Arbeit der Partei berichten. Die politische Situation gab reichlich Gelegenheit zu größeren Aktionen. Mit Flugblättern und mächtigen Versammlungen, die zum Teil unter freiem Himmel abgehalten wurden und an die sich spontan Straßendemonstrationen anschlossen, wurde gegen die Kriegshetze und die wachsende Kriegsgefahr und vor allem gegen das elende Dreiklassenwahlrecht in Preußen protestiert. Ebenso nahmen an verschiedenen Orten Versammlungen gegen die herrschende Teuerung Stellung. Für das Frauenwahlrecht traten Versammlungen in Altona, Wandsbek und Schiffbek am 2. und 3. März ein. Der Jubiläumsrummel gab Gelegenheit, dem 18. März der bürgerlichen Geschichtsklitterung die historische Wahrheit gegenüberzuhalten. Auch gegen die wahnwitzige Militärvorlage wurde in gewaltigen Versammlungen demonstriert. Im ganzen wurden zu Agitationszwecken 471 400 Flugblätter und 8400 Broschüren verbreitet. Die Mitgliederzahl hat buchmäßig einen starken Rückgang in Altona gebracht. Er hat seine Ursache darin, daß eine neue Registratur eingeführt wurde, bei welcher Gelegenheit zugleich mit allen unsicheren Kantonisten aufgeräumt wurde. Daher kommt es, daß der Mitgliederstand von 15 114 auf 13 852 zurückging. Von den Organisierten sind 11 789 Männer und 3063 Frauen. Neue Mitgliedschaften wurden in Tremsbüttel und Hummelsbüttel gegründet. Was die Verbreitung der Parteiliteratur in den beiden Wahlkreisen angeht, so werden gelesen: „Hamburger Echo" in 10 264, „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" in 233, „Lübecker Volksbote" in 78, die „Gleichheit" in 769, die „Arbeiterjugend" in 415 Exemplaren. Außerdem wurden verbreitet die „Neue Zeit" in 54, der „Wahre Jacob" in 5 954, der „Neue Weltkalender" in 2 592 Exemplaren. Diese Zahlen bleiben indessen in mancher Beziehung unter dem wirklichen Stande. Die „Landpost" wurde im ganzen in 33 050 Exemplaren verbreitet, wobei freilich die allgemeine Verbreitung im Oktober nicht mitgerechnet ist. Auf dem Gebiete der Kommunalpolitik sind recht erfreuliche Fortschritte gemacht worden. Zwar konnte der erhöhte Zensuswall in Wandsbek noch nicht überstiegen werden, auch gelang es nicht, das Mandat des Genossen Löhrke in Oldesloe zu behaupten, doch wurden in Altona fünf Stadtverordnetensitze erobert. In den Gemeindevertretungen sitzen jetzt 51 Vertreter der Arbeiterschaft. In der Berichtszeit sind auch wieder einige Gemeindevertreterkonferenzen abgehalten worden, die bei den Beteiligten großen Beifall fanden. Natürlich sind die Gegner noch immer bemüht, durch eine Wahlrechtsverschlechterung das Vordringen der Arbeiterklasse auf kommunalpolitischem Gebiete zu verhindern. Ein Heilmittel, das allen Wünschen nachkommt, ist aber noch nicht gefunden worden. Die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft wurden im letzten Jahre auch tüchtig gefördert. Für die Durchführung des Kinderschutzes bestehen im 8. Kreise an 4 Orten Kommissionen, die in ihrer Tätigkeit manches Elend ans Tageslicht gezogen und viele Mißstände beseitigt haben. Der Kassenbericht der Zentralkasse verzeichnet eine Einnahme von 40 767,26 Mk., eine Ausgabe von 26 508,93 Mk. und demzufolge einen Bestand von 14 258,33 Mk. An die Hauptkasse in Berlin und an die Bezirksleitung wurden 11 763,30 Mk. gesandt. Die einzelnen Ortsvereine hatten eine Einnahme von 60 297,44 und eine Ausgabe von 56 492,02 Mk.

Hamburg. Zum Tarifkampf im Malergewerbe. Die Leitung des Malergehilfenverbandes hatte zu Mittwoch nachmittag 4 Uhr nach dem Gewerkschaftshause eine Versammlung der in der Bewegung stehenden Malergehilfen einberufen, in der über die gegenwärtige Situation Bericht erstattet wurde. Die Versammlung beschloß nach eingehender Diskussion mit 1018 Stimmen, den Kampf weiterzuführen. Nur 84 Gehilfen waren gegen die Fortführung des Kampfes, 8 Stimmzettel waren ungültig. Damit ist die Fortführung des Kampfes beschlossen.

Hamburg. Das Reichsgericht gegen die „Produktion". Nach Einführung der Konsumvereinssteuer in Hamburg, Juni 1911, schuf, wie unsere Leser wissen, der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion" für den gesamten Kleinverkauf seines Betriebes eine selbständige Handelsgesellschaft, die vom Konsumverein ihre Waren bezieht und an jedermann, natürlich auch an die Mitglieder des Konsumvereins „Produktion", alle Waren verkauft. Obwohl so der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion" einen Kleinverkauf im Sinne des hamburgischen Steuergesetzes vom 30. Juni 1911 nicht mehr besorgt, wurde er doch auf Grund des eben genannten Gesetzes zur Konsumvereinssteuer veranlagt. Gegen die Veranlagung erhob die „Produktion" Klage beim Hamburger Landgericht. Am 15. Februar 1912 wurde sie jedoch mit dieser Klage abgewiesen. Die dagegen eingelegte Berufung wurde am 15. November 1912 vom Hanseatischen Oberlandesgericht verworfen, und jetzt hat das Reichsgericht, an das von der „Produktion" Revision eingelegt war, gegen die „Produktion" unter Zurückweisung der Revision entschieden. Im wesentlichen hat das Reichsgericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Oberlandesgericht den Begriff „Konsumverein" richtig ausgelegt habe, daß eine Verletzung des hamburgischen Steuergesetzes vom 30. Juni 1911 durch das Oberlandesgericht, wenn das überhaupt vorläge, aber nach § 549 der Zivil-Prozeß-Ordnung gegen Revision beim Reichsgericht nicht ausgefochten werden könne. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt: Schon in den Vorinstanzen hatte die Klägerin geltend gemacht, daß sie infolge der Aenderung ihres Betriebes mit Schluß des dritten Vierteljahres des Jahres 1911 aufgehört habe, ein Konsumverein zu sein, und daß deshalb jedenfalls seit diesem Zeitpunkte die erwähnte Gesetzesbestimmung auf sie nicht anwendbar sei. Hieran hält die Revision fest. Sie meint, durch die gegenteilige Annahme des Berufungsgerichts sei die reichsrechtliche Norm des § 1 Nr. 5 des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889/17. Mai 1898 verletzt. Dieser Auffassung kann indessen nicht zugestimmt werden. Das hamburgische Gesetz vom 30. Juni 1911 hat an der vorhin wiedergegebenen Stelle die Begriffsmerkmale bezeichnet, an denen im einzelnen Falle beurteilt werden soll, ob ein „Konsumverein" als bestehend anzusehen ist oder nicht. Allerdings steht diese Begriffsbestimmung inhaltlich in Einklang mit der reichsrechtlichen Bestimmung desselben Begriffs in § 1 Nr. 5 des Genossenschaftsgesetzes und ist diesem sichtlich und sogar nahezu wörtlich entlehnt. Das vermag aber nicht ihr selbst den Charakter einer reichsrechtlichen Norm zu geben. Durch das landesrechtliche Steuergesetz hätte für seinen Anwendungsbereich, da die Landesgesetzgebung in dieser Hinsicht durch die Reichsverfassung oder durch sonstige Reichsgesetze nicht beschränkt ist, der Begriff anders bestimmt werden können, als durch das Reichsgericht geschehen. Die landesrechtliche Norm hört aber nicht darum auf, landesrechtliche Norm zu sein, weil sie sich inhaltlich in Uebereinstimmung mit dem reichsrechtlichen Begriff gesetzt hat. Mit Recht betonen die Entscheidungsgründe des Berufungsurteils immer wieder, daß es sich um den Begriff des Konsumvereins im Sinne des hamburgischen Steuergesetzes handle. „Daran kann selbstverständlich der Umstand nichts ändern, daß das Berufungsgericht, eben wegen der inhaltlichen Uebereinstimmung mit der Begriffsbestimmung des Reichsgesetzes, die auf diese bezügliche Rechtsprechung und Rechtslehre auch für die Beurteilung des landesrechtlichen Begriffs verwertet. Ist die Begriffsbeurteilung des Berufungsgerichts eine rechtsirrige, so ist hiernach nicht eine reichsrechtliche, sondern die landesrechtliche Norm verletzt. Das hat das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung sogar für die Fälle angenommen, wo das Landesgesetz ausdrücklich oder stillschweigend auf die reichsrechtliche Begriffsbestimmung Bezug nahm; umsomehr muß es hier gelten, wo das Landesgesetz eine selbständige, wenngleich mit der reichsrechtlichen übereinstimmende Begriffsbestimmung gibt. Da aber auf eine Verletzung des hamburgischen Gesetzes vom 30. Juni 1911 die Revision nach § 549 Z.-P.-O. nicht gegründet werden kann, so mußte dem Rechtsmittel der Erfolg, wie geschehen, versagt werden.

Schwerin. Die Verfassungskomödie in Mecklenburg. Dienstag nachmittag hielt der mecklenburgische Landtag wieder eine Plenarsitzung ab. Der Verfassungsausschuß erstattete seinen Bericht, an welchen sich eine Erklärung der Regierungen schloß. Staatsminister Graf Bassewitz erklärte, der Großherzog sei entschlossen, die Verfassungsreform nötigenfalls auch ohne Zustimmung der Stände durchzuführen. Diese Drohung, die sich vor allem an die Adresse der Bürgermeister richtete, machte aber keinen Eindruck. Nach längerer Debatte wurde die Rechtsfrage an einen besonderen Ausschuß überwiesen. Der Antrag auf Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes noch vor Inkrafttreten der Verfassung wurde angenommen. — Die Verfassungsfrage wird also weiter auf die lange Bank geschoben sein.

[] **Cuxhaven.** Neue Differenzen beim Hafenbau in Cuxhaven. Durch Verhandlungen mit dem Deutschen Transportarbeiterverband wurden die Differenzen, die zwischen der Hanseatischen Baugesellschaft und ihren Baggerern entstanden waren, am Sonnabend beendet. Die Baggerer wollten am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Wider Erwarten lehnte aber die Hans. Baugesellschaft die Wiedereinstellung der Streikenden ab und erklärte, daß für andere Arbeiter bekäme. Erst wenn diese eingetroffen sind, sollten, wenn noch vorhanden, die Streikenden eingestellt werden. Am Dienstag traf dann auch ein Trupp Holländer ein, die es aber ablehnten, in Arbeit zu treten. Das Vorgehen der Firma ist unverständlich, zumal in der bürgerlichen Presse darauf hingewiesen wurde, daß die schnelle Fertigstellung des neuen Hafenbeckens erforderlich und deshalb eine schnelle Einigung wünschenswert sei. Der Transportarbeiterverband hat alles getan, um die Fortsetzung der Arbeiten zu ermöglichen; doch die Hans. Baugesellschaft will es anders. Sie gibt den deutschen Arbeitern nicht, was recht und billig ist, sondern fördert durch deren Brotlasmachung die Einführung holländischer Arbeiter. Kein Wunder ists, daß es auch an anderen Arbeitsplätzen dieser Firma, wie in Neuhof, Rendsburg usw. gärt. — Der Hamburger Staat wird nun mit der Fertigstellung des Hafenbeckens warten müssen, bis der Hanseatischen Baugesellschaft es genehm ist, die Arbeiten fortzusetzen. — Der Betrieb in Cuxhaven ruht und Arbeitsangebote sind zu verweigern.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & C. Sämtlich in Lübeck.

Meyers Kaffee

aus der Hamburger Kaffee-Import-Rösterei Hamburg-Freihafen gibt es

nur in Paketen

und ist **nur** in Geschäften mit diesem Bild zu haben! Jedes Paket ist mit nebenstehendem Original-Verschluß versehen. (4346

In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm / Charlottenburg 3899

Achtung!

Radfahrer!

Neue Fahrräder von 55 Mk.
mit Freilauf und Rücktritt.

Ketten von 1.50 Mk. an.
Pedale von 2.00 Mk. an.

Sämtliche Ersatzteile staunend billig.
4031

H. Krohne, Schwartau.

Ziehung 11. u. 12. Juni 1913

Rote + Lotterie

3667 Gewinne W. M.

100000

Hauptgewinne:

50000
10000

Lose à 3 M., Porto u. Liste 30 Pf. extra, versendet unter Nachnahme

Carl Heintze,
Hamburg, Alstertor. 4319

Auktion.

Morgen Freitag, den 6. Juni, 9 Uhr vormittags, sollen auf dem Lagerplatz von **W. Brügmann & Sohn** die vom Feuer beschädigten Bretter

als Brennholz

in bequemen Kavelingen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. (4358

Dr. Schlomer
verreist (4309

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Rösterei Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt:

4348) **Johs. Schwang,**
Lübeck, Schwartauer Allee 5. Telephon 1809.

Ein Sieg der deutschen Industrie!

2 Pfg. das Stück

Oriental. Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden — Inh. Hugo Ziegler, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen 3669

Verkauf 4354

lebender Buff

am Freitag, dem 6. Juni 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke,
Entinerbrücke
und
Hüxtertorbrücke.

D. T. V.

Vorstandssitzung
am Freitag, dem 6. Juni 1913, abends 8½ Uhr.
4344) **Der Vorstand.**

Gesucht zum 1. Juli event. Okt. eine **2—3-Zimmer-Wohnung** möglichst mit Stall vor dem Holstentor im Preise bis 240 Mark.
Ang. unter **R W** an die Exped. dieses Blattes. (4359

Gesucht e. **2-Zimmer-Wohnung.** Ang. u. **G H** an die Exp. (4355

Wegen plötzlicher Versetzung eine **Wohnung** zum 1. Juli cpt. 1. Aug. zu vermieten. Preis 150 Mk.
4352) Augustenstr. 10a. II.

Rienenkeif derselbe Geschmack, dieselben Bestandteile, derselbe Nahwert wie **echter Bienenhonig** 3035

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Rösterei Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt:

Paul Draguhn, Schwartau.
Telephon 1789. (4350

Eine kleine Wohnung

zu vermieten. (4361
Schlumacherstr. 5-6.

Ein **Kinderwagen** auf Gummi und eine eiserne **Bettstelle** billig zu verkaufen. (4363
Kottwitzstr. 8, I.

---

1 Sofa, 3 Stühle u. 1 neuer fl. Damenhut billig zu verk.
4351) Wickedestr. 58, I.

Zu verk. **2 Zugänger, Glucke** mit 5 Küken, **bl. Wiener** u. belg. **Riesen-Kaninchen.** (4356
Abends ½7—9 Uhr Elswigstr. 135.

Entflogen ein Paar bl. **Straßer-Tauben.** Abzug. geg. Belohn. Geverdesstr. 2, pt. (4357

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Taue.** (1225
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Waisenhofstraße 25.

Gangbude mit Hofplatz in der Fischergrube billig zu verk.
3854) Pferdemarkt 17, I.

Gratis! Gratis!

Am Freitag und Sonnabend auf 1 Pfund Margarine zu **80** oder **90** Pfennig (4362

1 groß. Block Schokolade.

Gratis! Gratis!

Feinste hies. Grasbutter Pfd. 1.15 M.
Kokosschmalz . . . . . Pfd. 58 ₰
Tilsiter Käse Pfund von 35 ₰ an.
Feinster la. Edamer . . Pfd. 95 ₰
Alter Holländer . . . Pfd. 90 ₰

M. Wegener,
Beckergrube 31.

Arbeiter-Abstinentenbund.

Versammlung

am Freitag, dem 6. Juni fällt aus.
4358) **Der Vorstand.**

Schuhwaren

für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3710

Damenstiefel	4.95—12.50
Herrenstiefel	5.50—14.95
Kinderstiefel, Gr. 22—35, in den Preislagen	1.95—6.25
Sandalen, braun Segeltuch, Paar	1.08, 1.25, 1.48
Sandalen, lederne, Paar	1.58, 1.78, 1.98, 2.28
Anzüge f. Kinder	2.25—13.—
Herren-Anzüge	12.85—47.50

Arbeiter-Garderobe sehr billig.

Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
8)

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Achtung!

Kohlenplatzarbeiter u. Kohlenkutscher!

Versammlung

am Freitag, dem 6. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Akkordarbeiten auf den Kohlenplätzen.
2. Verschiedenes.

4345) **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen der Kollegen ist ein dringliches Erfordernis.
D. O.

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Freitag, den 6. Juni:
Das kleine Schokoladenmädchen.
Sonnabend, den 7. Juni:
Hasemanns Töchter.
Sonntag, den 8. Juni:
Die Generalsecke.
4359) Anfang stets 8¼ Uhr.
In Vorbereitung die Possennovität:
Julchens Flitterwochen.

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Rösterei Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt:

J. U. Kröger, (4349
Travemünde, Tel. 1. Fil. Niendorf, Tel. 16 u. 48.

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Rösterei Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt:

4347) **Carl Trost Nachfl., Theodor Schlegel Inh.**
Lübeck, Fackenburger Allee 55. Telephon 1990.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 129. Donnerstag, den 5. Juni 1913. 20. Jahrg.

Jeden Tag 20 Millionen Mark für Rüstungen.

Der europäische Wahnsinn, die Gehirnkrankheit der Zivilisation, ist das Wettrüsten. Nach den Zusammenstellungen des englischen Philanthropen Wächter gab Europa im Jahre 1912 an normalen Ausgaben für Rüstungen 7 320 Millionen Mark dem Moloch Massenmord. Das sind jeden Tag über zwanzig Millionen Mark!

Die täglichen Ausgaben Europas für seine Rüstungen betragen:

In Millionen Mark:

Für das Landheer:		Für die Marine:	
1. Rußland	2,9	1. England	2,4
2. Deutschland	2,6	2. Deutschland	1,3
3. Frankreich	2,2	3. Frankreich	1,0
4. England	1,6	4. Rußland	1,0
5. Österreich-Ungarn	1,3	5. Italien	0,5
6. Italien	0,9	6. Österreich-Ungarn	0,3
7. Andere Mächte	1,7	7. Andere Mächte	0,3
zusammen	13,2	zusammen	6,8

Für Landheer und Marine:

In Millionen Mark:

1. England	4,0
2. Deutschland	3,9
3. Rußland	3,9
4. Frankreich	3,2
5. Österreich-Ungarn	1,6
6. Italien	1,4
7. Andere Mächte	2,0
zusammen	20,0

Wächter, der die Jahresbeträge, die wieder unserer Berechnung zugrunde liegen, von dem Kriegsministerium erhalten hat, fragt: Was bedeutet solche Summe?

Das gewaltigste Ingenieurwerk der Gegenwart, der Panamakanal, kostet 1 600 Millionen Mark. Mit dem Rüstungsgeld könnte Europa jährlich vier Panamakanäle bauen!

Der Wert der Handelsmarine der ganzen Welt beträgt rund 12 000 Millionen Mark. Mit den Rüstungskosten könnten alle zwanzig Monate die gesamten Handelsflotten der ganzen Welt gebaut werden!

Rechnen wir weiter.

Die europäischen Rüstungskosten betragen täglich 20 Millionen Mark. Für 20 Millionen Mark können vier großartige Krankenhäuser gebaut werden.

Die deutschen Krankenkassen leisten täglich erst für eine Million Mark, die eine Million kommt aber nur dadurch zusammen, daß die Arbeiter einen erheblichen Teil davon selbst bezahlen.

Die deutsche Unfallversicherung leistet an Entschädigungen usw. täglich nur zwei Drittel Millionen Mark.

An Renten der Invaldenversicherung werden in Deutschland täglich noch nicht eine halbe Million Mark gezahlt.

Die gesamte deutsche Arbeiterversicherung leistete von 1885—1910 9 086 Millionen Mark, Europa gibt an normalen Kriegsrüstungen in vierzehn Monaten ebenso viel aus.

Dreißig Prozent der Bevölkerung Deutschlands muß mit einem Einkommen von 1000 Mark im Jahr wirtschaften, das heißt ungefähr 20 Millionen Menschen werden in Deutschland nicht satt. Trotzdem gibt Deutschland rund 4 Millionen Mark pro Tag für Rüstungen aus!

Bei dem Wahnsinn der Rüstungsausgaben ist noch nicht berechnet, daß in Europa jahraus, jahrein vier Millionen der kräftigsten jungen Leute ausschließlich auf das Morden im Großbetrieb dressiert werden. Es ist weiter nicht berechnet, daß diese vier Millionen Arbeiter, wenn sie in Industrie, Handel und Landwirtschaft tätig wären, wo sie dringend nötig sind, kulturelle Milliardenwerte produzieren könnten.

Und wie nennt sich das alles? Höchste Blüte der menschlichen Kultur!

Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission.

Nach § 11 des Entwurfs sollen auch die Ausländer zur Leistung des Wehrbeitrages herangezogen werden, sofern sie sich dauernd in Deutschland zum Zwecke des Erwerbes aufhalten. Das Zentrum will den Ausländern diese Verpflichtung schon nach einem Aufenthalt von 1 Jahr, die Konservativen nach einem Aufenthalt von 2 Jahren auferlegen. Sowohl die Regierung wie der Abg. Roland-Lüke bekämpften diese Forderung, ebenso auch die Sozialdemokraten: Abgesehen von dem schlechten Eindruck, den eine solche Besteuerung im Auslande hervorrufen müsse, sei zu bedenken, daß die Ausländer Deutschland dann nur selten noch zum Aufenthalt wählen würden, was zu volkswirtschaftlichen Schädigungen führen könne, die in keinem Verhältnis zu dem Steuerertrage ständen.

Daß Ausländer zu Kommunalabgaben herangezogen werden — so betonten unsere Genossen — sei selbstverständlich, denn sie genießen auch die in der Gemeinde geschaffenen Einrichtungen; daß sie durch die Staatssteuer mit zu den Militärlasten beitragen, lasse sich auch nicht umgehen, aber von Ausländern eine einmalige Abgabe für deutsche Rüstungen zu verlangen, sei völlig ungerechtfertigt.

Alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Die Heranziehung der Vermögen der sogenannten toten Hand zum Wehrbeitrag fordert der folgende sozialdemokratische Antrag:

„Beitragspflichtig sind ferner Kirchen, Religions-Gesellschaften, Stiftungen, Orden und Anstalten mit demjenigen Teil des Vermögens, der nicht ausschließlich der Armen-, Waisen- und Krankenpflege dient."

Genosse Wurm legte dar, daß die Befreiung der Vermögen der toten Hand vom Wehrbeitrag gar nicht zu rechtfertigen sei, sofern das Vermögen nicht wirklichen Wohltätigkeitszwecken diene. Die starke Zunahme der Klöster und sonstigen kirchlichen Anstalten beweise, wie der Besitz dieser Anstalten steige, der in Deutschland auf viele Hundert Millionen geschätzt werde. — Abg. Behrens führte aus, daß für die evangelische Kirche alle diese Voraussetzungen nicht zuträfen. Hunderte von gemeinnützigen Anstalten würden belastet, die gerade der Fürsorge für die Allerärmsten dienten. Würde der Monistenbund, dessen Münchener Zweigstelle ein großes Vermögen besitze, auch von diesem Antrag betroffen werden? — Schatzsekretär Kühn erklärte, die Regierung habe von der Heranziehung der Vermögen der „Toten Hand" deshalb Abstand genommen, um Streitfragen von der Vorlage fernzuhalten, die zu heftigen Debatten führen und das Zustandekommen des Gesetzes erschwert haben würden. Der zu erwartende Betrag stehe auch in keinem Verhältnis zu den entstehenden Schwierigkeiten. — Abg. Erzberger: Bei der Durchführung des sozialdemokratischen Antrags würde es gehen, wie in Frankreich mit der Aufhebung der Klöster, die für den Staat finanziell ein völliger Mißerfolg gewesen sei. Wenn aber schon zugegriffen werden soll, dann müssen auch die Vermögen der „Toten Hand" auf politischem Gebiet, z. B. der Gewerkschaften herangezogen werden. Es werde in Deutschland eine Unmenge Leute geben, die den Gewerkschaften und deren Vermögen noch feindlicher gegenüberstünden als den religiösen Einrichtungen. Die Belastung so vieler Kirchen würde nur dazu führen, daß dann aus allgemeinen Steuermitteln mehr für die Kirchen gegeben werden müsse. Das nach Millionen zählende Vermögen der sozialdemokratischen Partei nicht zu besteuern, das der Kirchen und Klöster heranzuziehen, hieße ein Ausnahmegesetz schaffen. Wenn alle Vermögen der „Toten Hand" herangezogen werden, stimme das Zentrum für den Antrag. — Im gleichen Sinne sprach Graf Westarp.

Die Nationalliberalen erklärten sich für eine Besteuerung der „Toten Hand", aber die Fassung des sozialdemokratischen Antrages sei unannehmbar. Die Volksparteiler wollen momentan eine Entscheidung nicht treffen, grundsätzlich sind sie aber für den sozialdemokratischen Antrag. — Abg. Gröber erhob gegen die Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie durch ihren Antrag mit dem Grundsatze brächen: Gleiches Recht für alle. Auch der sozialdemokratische Programmpunkt, der die Religion als Privatsache erkläre, werde verletzt, denn die Vermögen der „Toten Hand" seien eine rein private Angelegenheit. — Genosse Emmel erwiderte: Es sei unstreitig schwer, eine Fassung zu finden, durch die nur jener Teil des Vermögens getroffen werde, der gar nicht für gemeinnützige Zwecke Verwendung findet. Diese Vermögen seien aber sehr groß, und es müsse versucht werden, sie heranzuziehen. — Genosse Wurm erläuterte den Unterschied, der zwischen dem Vermögen der Gewerkschaften und der Kirche besteht. Da Vermögen, die gemeinnützigen Zwecken dienen, nicht getroffen werden sollen, können eben die der Gewerkschaften nicht herangezogen werden. Interessant ist, daß von 1872 bis 1896 die deutsche Bevölkerung von 41 auf 61 Millionen gestiegen ist = 150 %, die Zahl der Wähler aber von 948 auf 2049, also um über 200 %. Die Berliner Stadtsynode hat den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, die „Tote Hand" mit dem Wehrbeitrag zu belasten.

Gegen die Stimmen unserer Genossen und der Volksparteiler wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Eine längere Debatte brachte der § 12 des Entwurfs, der die Beitragspflicht der Aktien- und Kommandit-Gesellschaften behandelt. — Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

* * *

Noch keine Einigung über die Wehrbeitrags-Staffelung. Im Laufe des Mittwochvormittag wurden die vertraulichen Besprechungen der Subkommission der Budgetkommission des Reichstages mit dem Reichsschatzsekretär weitergeführt, die sich auf die in der Sitzung vom 29. Mai gemachten Vorschläge zu § 1 des Gesetzentwurfes beziehen. Auf Grund dieser Vorschläge hat der Reichsschatzsekretär, wie wir mitteilten, eine Berechnung anstellen lassen, die den daraus zu erwartenden Wehrbeitrag vom Vermögen auf 720 Millionen, den vom Einkommen auf 120 Millionen beziffert. Die Besprechungen wurden auch am Mittwoch noch nicht abgeschlossen, sollen vielmehr Donnerstag vormittag vor der Sitzung der Vollkommission fortgesetzt werden.

Steuermann Worringer.

Novelle von Louise Schulze-Brück.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ist wieder da — ja," nickte der Arzt. „'n bißchen schwach freilich — hat zu viel Wasser geschluckt — das schmeckt dem Binger Schiffer nicht, hahaha!"

Er lachte über seinen Witz.

„Herr Dok—tor!"

„Ja, ja! Und in ein paar Tagen wird er wieder gesund sein wie ein Fisch im Wasser. Und Euch hat er das zu verdanken. Drei Menschen in zwei Minuten aus dem Rhein zu fischen — Donnerwetter, das ist ein tüchtiges Stück Arbeit. Das macht Euch nicht so leicht einer nach. Das kann nur so ein Riesenmensch wie Ihr!"

Er schüttelte ihm kräftig die Hand.

„Aber, Worringer, Ihr seht elend aus. Hat Euch denn jemand was zu trinken gebracht, was zu essen?„

Steuermann Worringer schüttelte mit Abscheu den Kopf. Trinken — essen — ihm ekelte.

Der Arzt sah ihn aufmerksam an. Dann fühlte er ihm den Puls, was jener widerwillig litt.

„Worringer, Ihr habt ja Schüttelfrost. Geht nach Hause legt Euch ins Bett, trinkt heißen Wein, packt Euch in Federdecken ein. — Ja, so, Ihr habt ja niemand zu Hause. — Ich lasse Euch hier ein Extrazimmer geben. Kommt nur."

Aber der Mann wehrte sich ausLeibeskräften. — Ins Bett — in die Stille und Einsamkeit einer Stube, wo alles in ihm so recht Zeit hatte, riesengroß zu wachsen, ihn zu erdrücken, zu ersticken. Nein, nein!

„Mei Fraa — mei Kind," stammelte er. —

„Ja so, Ihr möchtet zu ihr. Na, wartet einen Augenblick, ich sehe nach — "

Es dauerte lange, ehe er zurückkam. Und dann war auch er verlegen.

„Ihr könnt jetzt nicht zu ihr. Sie will niemand sehen. — Wißt Ihr, der Schrecken, die Angst." —

Steuermann Worringer packte des Doktors Arm.

„Sie is krank, sie stirbt?"

„Nein, nein. Beruhigt Euch. Sie ist nur erregt, krankhaft erregt. Und der Bub schläft fest! Ein Staatskerl. Und jetzt stecke ich Euch ins Bett, ohne Gnade."

Er wehrte sich nicht länger. Er fühlte sich so schwach auf einmal, so elend, so zerschlagen. — Und die Stube und der Arzt begannen sich im Kreise zu drehen. — Halb wie im Traum fühlte er, daß ihn jemand am Arm packte, führte, zog — dann nichts mehr.

6.

Aus einem schweren Schlafe fuhr Steuermann Worringer jäh mit einem schrecklichen Angstgefühl in die Höhe. Er hatte einen bösen Traum gehabt. Seine Frau sah er im Rhein treiben, tot, ertrunken mit dem Kind. Verwirrt sah er um sich. Die Abendsonne schien in das kahle Zimmer, auf das Kruzifix mit dem geweihten Palmzweig über dem Weihwasserbecken. — Wo war er denn nur? Das war doch nicht seine Stube, seine —

Jäh kam die Erinnerung, daß er laut aufstöhnte. Im Nebenzimmer regte sich's. Eine Schwester kam leisen Schrittes hinüber: „Sie haben fest und gut geschlafen", fragte sie freundlich. „Und ich kann Ihnen gleich frohe Nachricht geben. Ihre Frau ist viel wohler, das Kind wird mit Gottes Hilfe morgen wieder ganz munter sein, und der Schiffer ist auch so weit ganz wohl, nur noch etwas schwach. — Wie fühlen Sie sich denn?"

Steuermann Worringer wollte nur aufstehen. Nur fort, hinaus ins Freie, aus den vier Wänden heraus. Es war ihm, als müsse er ersticken. Aber er mußte warten, bis man seine Kleider geholt hatte, die noch nicht ganz trocken waren. Jede Minute schien ihm wie eine Ewigkeit. Und dazwischen pries die Nonne ihn, sprach von seiner Tapferkeit, seinem Heldenmut.

Dann stand er draußen vor der Tür in der Abendsonne, die ihn vergebens erwärmen wollte. — Er fror, fror bis ins Mark hinein. Und dann fing ein Martyrium an, grausam, unerbittlich. Von Haus zu Haus hielt man ihn an, wollte ihm die Hände schütteln, beglückwünschen, ihn preisen und loben. Und natürlich ergingen sich alle in Vermutungen, wie das Unglück überhaupt geschehen konnte. So lange man denken konnte, war ja etwas Aehnliches nicht passiert in Bingen, ja im ganzen Rheingau nicht. In einem Nachen, da saß man ja so sicher wie in Abrahams Schoß. Und wenn auch der Rhein klein war — gerade da, wo es geschah, waren nur Sandbänke, ganz unschuldige, auf denen man wohl aufrennen konnte, aber nicht leck schlagen. Und was für ein Nachen konnte das denn gewesen sein? Er mußte alt und morsch gewesen sein. — Aber Hessemers Nachen war doch noch fast neu. — Der eine, alte war ja fort zur Reparatur. — Steuermann Worringer litt Folterqualen.

„No, dä Nache wird sich ja finne", meinte einer. „Weit is er net mehr getriewe, dä is schnell gesunke. Vor dä Landebrücke muß ä liege — wem ä geheert, dä werd'n schun suche."

Ein Hin- und Herreden entstand, ein heftiges Für und Gegen. Er mußte alles anhören, konnte nichts dazu sagen. Es fiel den anderen schon auf. — Und so schlecht sah er aus, so elend, mit tiefliegenden, brennenden Augen. Sie schoben es freilich auf das Ereignis, auf die Angst um Frau und Kind.

„Awwer, se sind jo schun ganz munter. — Nor dä Hessemer, dä is noch schlecht uff Schick! Dä Doktor määnt, mer wißt noch net, ob ä 's dorchmache dhät!"

Und nun sollte er erzählen. — Ganz genau erzählen, wie es gewesen war. — Die anderen hatten alles schon ausführlich erzählt. Aber der Worringer wußte es doch noch besser. —

„Des muß der ä scheene Schreck gewese sein, wie de gesehe hoscht, daß des 's Greta war! Und des Bubche! Jesses, Marie, Josepp! Net for dausend Gulden mech mer eso eppes erlewe. Und daß du grad hoscht komme misse mit'n Zug! — Se wäre elendig zugrunde gange alle drei, wann du net gewese wärscht."

Er konnte es nicht mehr mit anhören. Unsanft machte er sich los. — Aber es war, als ob alles sich gegen ihn verschworen habe. — Auf dem kurzen Weg nach Haus begegnete er dem Bürgermeister. Und da half kein Widerstreben. Er mußte wieder erzählen, ausführlich, ganz genau.

„Na, das gibt aber die Rettungsmedaille mit allen Schikanen, Worringer, und öffentliche Belobigung", schmunzelte der Bürgermeister, ihm auf die Schulter klopfend. „Herr Bergemeschter — nä, nur so was net!" Worringer war kreideweiß geworden und fühlte, wie ihm die Knie zitterten. „Nor so was net."

„Na, Mann, was ficht Euch denn an?" fragte der Bürgermeister befremdet.

„Na, nä, Herr Bergemeschter! Des wär ferchterlich! Nä, ich — ich bin net for so was! Des is nix for unseräänen! Nor so was net."

„Na nu, Worringer! Die Rettungsmedaille ist doch wahrhaftig ein Ehrenzeichen, das man mit Stolz annehmen kann. — Und es kommt ja auch an einen Ehrenmann!"

Endlich, endlich war er zu Hause. — Mit zitternden Händen schloß er die Haustür auf. — Ach, die hatte er versperrt heute morgen beim Fortgehen! Wie lange das her war, wie lange!

Er warf sich aufs Bett, er biß in die Kissen.

„Ein Ehrenmann", hatte der Bürgermeister gesagt. Ja, er war einer gewesen, jahrelang. Und er war stolz darauf gewesen, einer zu sein. Stolz, so stolz auf seinen guten Namen, — sein Renommee als der beste Steuermann — seine Familienehre! Und nun war alles vorbei! Er hatte eine gemeine, hinterlistige, ehrlose Tat begangen, viel ehrloser noch als die, die er hatte rächen wollen. Ein Weib zu verführen — pah, es ist freilich nichts Schönes — aber wenn einer heißes Blut hat und einen leichten Sinn, dann —. Er dachte an die eigene Jugend. Freilich, eines andern Weib hatte er nicht genommen, aber eines andern Schatz! — Hatte es ihn nicht ordentlich gekitzelt, die Mädchen ihren Schätzen abwendig zu machen? —

Die deutschen gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Baufachausstellung in Leipzig.

I.

Baugerüste, wie sie sein sollen.

Am bedeutungsvollsten für die Bauarbeiter und den Bauarbeiterschutz, und am augenfälligsten auch für den Laien sind die Gerüste eines Baues. Zwar sind die Gerüstarten in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden, aber in allen Landesteilen besteht Einheitlichkeit darin, daß die Gerüste an den Bauten nur allzu häufig mangelhaft sind; oft wird nicht einmal den bestehenden Schutzvorschriften Rechnung getragen und wirklich gute Gerüste bilden nicht etwa die Regel, sondern die Ausnahme.

An dem Bau der Gewerkschaften auf der Internationalen Baufachausstellung wird gezeigt, wie die Baugerüste beschaffen sein müssen, um nach jeder Richtung hin Sicherheit für die Arbeiter zu schaffen, um Unfälle überhaupt zu vermeiden, oder, soweit sie unvermeidlich sind, ihre Folgen wesentlich zu mildern. Man hat es daher am Gewerkschaftsbau in der Tat mit Mustergerüsten zu tun.

Da ist in erster Linie Gewicht darauf gelegt worden, daß die Hauptrüstbalken, auf denen in der Hauptsache die einzelnen Gerüste ruhen, so beschaffen sind, daß ein Brechen oder Spalten des Stammes so gut wie ausgeschlossen erscheint. Es ist schwedisches Holz hierzu verwendet. Die Stämme sind nicht mittels der Säge, sondern durch Behauen vierkantig gemacht worden. Das Letztere soll den Vorteil haben, daß dadurch die Adern des Holzes berücksichtigt werden können, während die Säge, unbekümmert hierum, ihren Weg in gerader Richtung nimmt, dabei Holzadern durchschneidet, was nicht ausschließt, daß sich ein auf diese Weise zugerichteter Stamm spalten und splittern kann. Und das soll in erster Linie verhütet werden. Dann sind, um das Gerüst so fest wie möglich herzurichten, diese Hauptbalken je zu zweien, und zwar ein längerer und ein kürzerer, nebeneinander 80 Zentimeter tief in den Erdboden eingegraben und auf den in der Erde ruhenden Querbalken aufgesetzt worden. Auf das obere Ende des kürzeren Stammes und angelehnt an den längeren ist der nächsthöchste Rüststamm aufgesetzt, und dann sind die einzelnen Rüstteile weder mit Klammern, noch mit Stricken, sondern mit schmiedeeisernen Nägeln zusammengefügt. So folgen nun zwischen diesen Hauptstämmen und dem aufzurichtenden Mauerwerk von Etage zu Etage die einzelnen Arbeits- und Schutzgerüste, und zwar ist das letzte Gerüst am Turme des Hauses, in einer Höhe von 21 Metern errichtet.

Wir finden da durchweg feste und in jeder Beziehung tragfähige Gerüste für den Maurer, wenn er Stein an Stein fügt, darunter überall gut abgedeckte, mit hoher, sicherer Brüstung versehene Schutz- und Fanggerüste, um, wenn doch hier und da ein Fehltritt erfolgen sollte, den Absturz in die Tiefe auf jeden Fall zu vermeiden, aber auch, um am Bau Vorübergehende vor herabfallendem Material zu schützen. Bei den in die einzelnen Etagen führenden Leitern sind die Sprossen in die Langhölzer eingelassen und mit Schrauben befestigt, meist sind die Leitern unterhalb verschalt, um das Durchfallen von Baumaterial zu verhüten und zur größeren Sicherheit sind sie mit Laufstangen versehen. Ein mit elektrischem Antrieb versehener Materialaufzug führt schnell, sicher und kommt das notwendige Material von Etage zu Etage, und wo an anderer Stelle des Baus das Material mit Handwinden emporgeholt wird, da sind ebenfalls die weitgehendsten Schutzvorrichtungen getroffen worden.

Schutz und Sicherheit, wie für die Maurer und Zimmerer ist auch für die übrigen Bauarbeiter vorgesehen. Ein großes Leitergerüst zeigt, wie es ohne große Schwierigkeiten möglich ist, die Maler auf der Baustelle vor Unfallgefahren zu schützen. Ähnliches deuten, für jeden leicht verständlich, die Schutzgerüste der Glaser, Dachdecker und Klempner an, die an einzelnen Fenstern und auf dem Dache angebracht worden sind. Und weiter wird an einem Beispiele gezeigt, wie man bei Tiefbauten und Ausschachtungsarbeiten die Arbeiter wirksam davor schützen kann, von hereinbrechendem Erdreich verletzt oder verschüttet zu werden.

Eine Ergänzung dieses Teiles der gewerkschaftlichen Sonderausstellung bilden verschiedene Darstellungen in den Innenräumen des Gebäudes. Da sind zahlreiche Photographien von den betreffenden Bauarbeiterverbänden ausgehängt worden, die recht wirksam zeigen, wie an Bauten aller Art in der unverantwortlichsten Weise alle Schutzmaßnahmen außer acht gelassen werden, wie die Schutzvorrichtungen äußerst mangelhaft sind und oft ganz fehlen. Zustände, die außerordentlich geeignet sind, furchtbare Katastrophen herbeizuführen und Menschenleben zu fordern.

Gerüste für Innenbauten werden in einem besonderen Raume gezeigt. So verschiedene Steiggerüste für Ofensetzer, die wesentlich von denen abweichen, was sonst an Gerüsten, Böcken und Leitern in diesem Berufe üblich ist. Ferner mehrere Arten von Leitergerüsten (Zimmergerüste und Saalgerüste für Maler), Putz- und Stukkateurgerüste, Putzgerüste für Mauer usw.

Ein anderer Raum birgt die Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften, Unfallverhütungsvorschriften für die Baugewerksbetriebe der Kaiserlichen Marine, Verordnungen über den Schutz der Bauarbeiter und betreffend die Überwachung der Bauten, Dienstinstruktionen für Baukontrolleure der Lokalkommission München, Anleitungen für die erste Hilfe bei Unfällen und ähnliches. Diese Vorschriften und Verordnungen der Berufsgenossenschaften sind gewiß sehr interessant, nur schade, daß sie in Praxis zumeist nur auf dem Papier stehen; würden sie überall korrekt durchgeführt, so würden sich die jetzt bestehenden unhaltbaren Zustände wesentlich ändern und die Klagen der Bauarbeiter über mangelhaften Bauarbeiterschutz würden wesentlich herabgemindert.

Daß mit der korrekten Durchführung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften freilich noch lange nicht alle Wünsche und Forderungen der Arbeiter erledigt sind, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden. Es gibt in dieser Beziehung im Baugewerbe noch außerordentlich viel zu tun, das bestätigen die im gleichen Raume ausgehängten graphischen Darstellungen über die Unfall- und Krankheitsgefahr der Bauarbeiter. Während im Jahre 1911 im Durchschnitt bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 1000 Vollarbeiter 8,18 erstmalig entschädigte Unfallverletzte und 0,68 tödlich Verletzte kommen, haben die Bauberufsgenossenschaften allein 10,24 erstmalig entschädigte Unfallverletzte und 0,85 tödlich Verletzte aufzuweisen. Das sagt deutlich genug, daß die höhere Unfallgefahr im Baugewerbe auch einen höheren Schutz erfordert.

Musterbaubuden und Aborte.

Die Bauarbeiter bedürfen nicht nur eines größeren Schutzes direkt bei der Arbeit. Auch die Aufenthaltsräume, Baubuden und Aborte, befinden sich sehr häufig in einem Zustande, der es den Bauarbeitern unmöglich macht, sich als Menschen fühlen zu können. Hier auf der Ausstellung haben die Gewerkschaften gezeigt, wie solche Einrichtungen beschaffen sein müssen, und wie das ohne große Kosten und Schwierigkeiten durchzuführen ist. Da ist zunächst die Baubude zu nennen, eine einfache, aber äußerlich wie innerlich auffallend sauber gehaltene Bretterbude. Sie ist eingeteilt in einen größeren Aufenthaltsraum, der mit Bänken und Tischen, mit Ofen und Spucknäpfen und mit Vorrichtungen zum Aufhängen nasser Kleidungsstücke versehen ist. Ein anderer Teil der Bude ist zur Küche hergerichtet und mit Koch- und Wärmeeinrichtungen hinreichend ausgerüstet, während der dritte Raum als Wasch- und Sanitätsraum dient, mustergiltige Waschein richtungen, Verbandsmaterial und ähnliches enthält. In den einzelnen Räumen verteilt stehen eine größere Anzahl eiserner Garderobenschränke, in denen die Arbeiter ihre Kleidungsstücke sauber und sicher aufbewahrt wissen. Um auch für den Winter ausreichend Schutz gegen Kälte zu schaffen, weist die Baubude doppelte Wände auf und der dazwischen liegende Hohlraum ist mit Torfmull angefüllt. Die ganze Baubude kostet rund 1500 ℳ. Sie ist gut für 10 Bauten zu verwenden, sodaß auf einen Bau etwa 150 ℳ Kosten für die Baubude entfallen. Man wird diesen Betrag gewiß nicht für so hoch halten, daß die Bauunternehmer nicht den selbstverständlichsten Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen könnten und die Arbeiter nach wie vor in elenden Löchern, die zumeist nicht einmal den bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen entsprechen, teilweise sogar allerhand Material, Handwerkzeug usw. angefüllt sind, hausen lassen müßten. Natürlich verlangen die Bauarbeiter die Geräte- und Materialbude von der zum Aufenthalt von Menschen dienenden Baubude völlig abgesondert, wie sie das auch auf der Ausstellung zur Darstellung bringen.

Die Abortverhältnisse auf den Bauten sind fast durchgängig tief beklagenswert. Abortanlagen, wie die der Gewerkschaften auf der Internationalen Baufachausstellung, sind bei Bauten selten oder wohl überhaupt nicht vorhanden. Und doch ist nicht einzusehen, weshalb dem Bauarbeiter vorenthalten werden soll, was man vom hygienischen Standpunkte wie vom sittlichen jedem anderen Menschen heutzutage zubilligen muß. Die Abortanlage, die die Gewerkschaften ausstellen, ist wie die Baubude, für den Transport zerlegbar, sie ist geräumig und gut durchgelüftet. Vor allem aber ist Wert darauf gelegt, daß die Klosetts stets in reinlichem Zustande erhalten werden. Es handelt sich auch in diesem Falle um eine Musteneinrichtung und es wird schwer sein, zu behaupten, daß Bauunternehmer nicht gleiche oder ähnliche Einrichtungen zu treffen in der Lage wären.

Noch wesentlich billiger, weil den kleingewerblichen Verhältnissen mehr angepaßt, ist die Beschaffung einer Baubude, wie sie der Verband der Steinsetzer, Pflasterer usw. an der gleichen Stelle ausgestellt hat. Die Bude, die übrigens schon auf der Weltausstellung in Brüssel ausgestellt war und dort eine höhere Auszeichnung bekommen hat, ist fahrbar, um sie jederzeit an der Arbeitsstelle zu haben, wo sich die Arbeiter befinden. Ein fahrbarer Abortwagen mit im Innern hygienisch einwandfreier Abortanlage vervollständigt die Ausstellung des Steinsetzerverbandes. Schließlich ist auch noch eine Arbeitsbude für Steinmetzen errichtet worden, hoch, luftig und mit geeigneter Ventilation versehen, um die Staubgefahr leichter zu beseitigen, ohne die Arbeiter der Zugluft auszusetzen.

An den hier geschilderten Einrichtungen wird gezeigt, wie die Dinge sein sollen. Im Innern des Gebäudes zeigen dieselben Verbände und verschiedene Arbeiterschutzkommissionen an zahlreichen für sich selbst sprechende Photographien, wie die Dinge gegenwärtig noch im Baugewerbe liegen, wie enge, dunkle und schmutzige Winkel den Bauarbeitern als Unterkunftsräume dienen, wie die Abortanlagen zuweilen nicht den geringsten hygienischen Anforderungen entsprechen. Ein Vergleich zwischen dem, was sein sollte, und dem, was ist, läßt die gewaltigen Unterschiede erkennen und muß jedem, der nicht von blindem Haß gegen die Arbeiter erfüllt ist, deren Forderungen als verständlich und voll berechtigt erscheinen lassen.

Er warf sich hin und wieder, daß die Bettstelle ächzte. Nicht in einer Blutwallung hatte er gehandelt, mit vollem Bewußtsein, in wilder, ungebändigter Wut freilich, aber doch mit vollem Bewußtsein. — Eine ganze Nacht hatte zwischen dem Anbohren des Kahnes und dem Unglück gelegen, mit klarem Kopf hatte er am Morgen das Schiff gesteuert, immer nur mit dem einen Wunsch, daß jetzt, jetzt, jetzt das geschehen möge, was er vorbereitet hatte. — Er sprang auf, er konnte nicht liegen. — Er konnte auch nicht allein sein in dem öden, stillen Hause. Da — pochte es nicht an der Haustür? Ach, da kamen sie schon, ihn zu holen, war schon —

Er öffnete die Tür. Seine Schwiegermutter stand da, blaß, gedrückt.

„Ich wolle nur ä paar Sache vum Greta hole und vum Kind! — Ur dann, wäßte, Weringer, 's is doch besser, wenn's Greta emal ä paar Tag bei mir is! Mit 'm Kind! Se is doch arg schwach, un do kann ich's besser pflege."

„Warum will sie denn nicht herkommen?" fragte Weringer finster.

„Weil — weil — no jo, ville mußte 's doch! — 's Greta hat so ä Angsicht vor dir! Es schreit und sagt, es ging net kühn, das wär ja Tot! Und de Dokter sagt, mer mißt em de Wille lasse. Das wäre bei Nerve, die wäre angegriffe. Un wege dem, was ich heit morgen in meim Schrecke erzählt hawwe — Weringer, des vergeß un trag mer's net nach. — Ich hawwe es in der Angsicht gedahn und dann auch, weil des Greta grad derzu ein gekommen hat, du würdest ein schwer gage es gewese, wo es doch mir gedahn hat. — E bißche uff der Kopf gewese, des is doch kä Staatsverbrechen! Daderwer is es jung un dumm."

Der Mann schwieg. — Die Frau knüpfte ein Bündel zusammen. — Dann ging sie, ihm gute Nacht wünschend.

Er wollte hinaus. Aber wohin? Ans Rheinufer, wo jetzt das Geschehnis das allgemeine Gespräch war? Ins Wirtshaus, wo er auch würde erzählen müssen, wo man ihn peinigen würde bis aufs Blut?

Nein, er konnte nicht. Er verschloß sorgfältig die Fensterläden. Dann holte er sich aus dem Keller einen Krug Wein. Der nähme ihn wenigstens. Aber er erleichterte ihn nicht. Er machte nur das Blut in seinen Adern noch toller jagen.

Als es dunkel geworden war, schlich er nach dem Rhein. Es zog ihn dahin wie mit Stricken. Am Kran fand er, wo der Nachen gelegen hatte. Und wenn er aufs Wasser hinausfuhr, dann sah er immer das gleiche, immer das gleiche. Und zuletzt mußte er doch wieder nach Haus, in das leere Haus, wo es so still war, so still.

Am andern Tage wurde es noch schlimmer. — Auf dem Schiff wußte es natürlich sowohl der Kapitän wie alle Passagiere. — Ein Schaudern ging durch die Leute, als er kam. Hundert Augen richteten sich auf ihn, ein enthusiastischer Kaufmann verfolgte ihn mit begeisterter Lobrede, der Kapitän fragte ihn aus. Und als er gestanden, war's auf dem Weg zum Bahnhof nach Haus das gleiche.

Und dann war er zu Hause. Da kam der Pfarrer.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnkämpfe im Sattlergewerbe. Die Sattler der Auto- und Wagenfabrik der Firma E. Nowack in Bautzen erzielten auf dem Wege der Verhandlung, aber **erst nachdem sie allesamt ihr Arbeitsverhältnis gekündigt hatten, eine Arbeitszeitverkürzung von 2½ Stunden pro Woche. Die Mindestlohnsätze für Ungelernte werden von 30 auf 35 Pfg. erhöht, wozu am 1. Januar 1914 und 1. Januar 1915** je ein weiterer Pfennig Zulage kommt. Gelernte Sattler e halten 45 Pfg., selbständige Sattler 50 Pfg. Mindestlo welcher ebenfalls an den beiden Daten um je einen Pfenn steigt. Allen zurzeit im Betriebe Beschäftigten wird der Lo um 4 Pfg. pro Stunde erhöht. Der Arbeitsnachweis der Sa ler in Görlitz muß bei Bedarf benutzt werden. Eine Loh kommission wurde anerkannt. — Der Kofferarbeite streik bei der Firma E. Melzig in Liegnitz dau nunmehr die fünfte Woche, ohne daß der Unternehmer sich v anläßt sieht, die 63stündige Arbeitszeit auf 60 Stunden her zusetzen und die jetzigen Löhne von 25 auf 28 Pfg., für wel Familienväter bisher arbeiten mußten, zu erhöhen. Es dürf sich wohl kein Sattler finden, der bereit ist, unter solchen V hältnissen seine Arbeitskraft zu verkaufen. — In d Taschen- und Kofferfabrik der Firma R. Krau in Breslau dauert der Streik der Sattler unverändert fo ebenso die Aussperrung im „Apollo-Werk" in Apold — Für Militärsattler ist die Firma Maury in O fenbach a. Main gesperrt.

Ausbeutung nach amerikanischem Muster. In der V sammlung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, am Sonntag in Freiburg i. Br. stattfand, hielt Profes Wallichs von der Aachener technischen Hochschule einen V trag über das Taylor-System, die automatische Knochenmü für die Arbeiter. Durch Lichtbilder unterstützt, suchte Wallic zu beweisen, daß nach dem Taylor-System jeder Arbeiter u Beamte dreimal mehr als bisher leisten könne. Er beton in Amerika arbeiten nach dem System jetzt schon mehr a 100 000 Arbeiter. Es lasse sich auch auf Deutschland üb tragen, und es ermögliche nicht nur eine Vermehrung der a zuführenden Fabrikate, sondern die Weltmachtstellung Deut lands sei von der Einführung des Taylor-Systems abhäng — Gegen die Menschenschinderei nach amerikanischem Mu wandte sich in der Diskussion ein Herr Stoeß aus Ziegelhaus der anführte, daß er 80 Betriebe in Amerika, die mit d Taylor-System arbeiten, besichtigt habe. Er sei zu der Ueb zeugung gekommen, daß es in Deutschland nicht einzuführ sei, und das Vorurteil der Arbeiter gegen das System berechtigt, da es auf schärfste Ausbeutung hinauslaufe.

Schneider, nehmt keine Arbeit nach Petersburg an! Vi Schneider Berlins und anderer Großstädte haben von d Agenten der größten und solidesten Petersburger Firmen d feinen Konfektionsbranche verlockende Angebote erhalte Diesen wortreichen Versprechungen ist folgendes entgegen halten: Der seit Wochen währende Streik bei diesen Firm ist noch immer nicht beigelegt. Bestreikt sind ca. 60 Betri mit über 1000 Arbeitern. Die Streikenden fordern: 1. ei geringe Aufbesserung des Tage- und Stücklohnes, 2. die V willigung von Wohnungsgeldern oder mindestens eine etw bessere Ausgestaltung der äußerst unhygienischen, dumpfen u schmutzigen Schlafstellen bei den Arbeitgebern und 3. die V willigung von Kostgeldern an Stelle der fast durchweg mi rablen Beköstigung durch die Arbeitgeber. Der Versu Schneider in Kiew und Odessa anzuwerben, ist mißglückt. D Agenten obiger Firmen sind nunmehr auf der Suche nach E satz nach Deutschland gereist. Die Petersburger Schnei appellieren an das Solidaritätsgefühl der deutschen Kolleg und erwarten, daß die Bemühungen der Agenten auch Deutschland vergeblich sein.

Hüxiaus.

Die herrschende Arbeitslosigkeit in Breslau. Die Fre der öffentlichen Behörden über die in Breslau veranstalt Jahrhundertfeier ist arg beeinträchtigt worden durch die T sache, daß in Breslau seit Wochen unter der arbeitenden B völkerung eine Arbeitslosigkeit herrscht, wie nie zuvor. U dem Gerede der Bürgerlichen zu begegnen, daß keine nenne werte Arbeitslosigkeit in Breslau vorhanden ist, wurde Donnerstag, 29. Mai, nachmittags 3 Uhr, neuen Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau eine A beitslosenversammlung einberufen. Der Besuch Versammlung übertraf alle Erwartungen, etwa 2000 Me schen, meist Familienväter, fanden sich ein. Am Einga des Saales wurden Zählkarten an die Arbeitslosen aus geben. Diese mußten mit dem vollen Namen, unter Ang der Wohnung und des Berufs ausgefüllt werden. Es wurd folgende drei Fragen gestellt:

1. Wieviel Wochen sind Sie seit dem 1. Januar 1913 beitslos?
2. Erhalten Sie aus Ihrer Gewerkschaft wegen Arbei losigkeit Unterstützung?
3. Seit wann sind Sie ausgesteuert?

Das Resultat der Umfrage ist geradezu niederschm tternd. Es ist eine laute Anklage gegen diejenigen, die bis für die Linderung der Arbeitslosigkeit nichts unternomm haben. Von 1669 Personen wurde die ausgefüllte A beitskarte zurückgegeben. Von diesen Personen werden noch aus der Gewerkschaft unterstützt, **1237 erhalten zurz keinerlei Unterstützung mehr.** Von den letztgenannten sind bereits seit Januar von der Gewerkschaft ausgesteuert, 25 i Februar, 23 seit März, 43 seit April und 56 seit Anfang M Nach Berufen geordnet waren darunter 440 Bauarbeiter, 338 beiter und sonstige Berufe, 256 Metallarbeiter, 226 He arbeiter, 88 Transportarbeiter, 87 Zimmerer, 38 Gastwir gehilfen, 35 Töpfer, 33 Bäcker, 21 Maler, 18 Brauer, 10 Ha lungsgehilfen, 9 Lithographen, 8 Buchdrucker, 7 Maschinis und Heizer, 7 Schuhmacher, 7 Tapezierer, 6 Dachdecker, Tabakarbeiter, 4 Hausangestellte, 3 Schneider, 3 Kupf schmiede, 6 Barbiere, 1 Fleischer, 1 Gärtner, 2 Glaser, 6 H macher, 1 Kürschner, 1 Sattler und 1 Steinsetzer. Ueber Umfang der Arbeitslosigkeit erhalten wir das richtige Bild, wenn das Resultat der arbeitslos Wochen näher gewürdigt wird. Es waren

213	Menschen	318	Wochen arbeitslos
304	„	1206	„ „
410	„	3015	„ „
215	„	2295	„ „
527	„	9492	„ „

davon 213 1 bis 2 Wochen, 304 3 bis 5 Wochen, 410 6 bi Wochen, 215 10 bis 12 Wochen, 527 13 Wochen und m arbeitslos. Was heißt das? Das heißt, in Breslau sind zeit 1669 Arbeiter **16 326 Wochen arbeitslos!** Die Not Arbeitslosen schreit zum Himmel. Es ist klar, daß auch wirtschaftliche Leben im allgemeinen darunter schwer zu den hat. Wenn wir den in Breslau geltenden ortsüblic Tagelohn in Höhe von nur 3 Mk. der Berechnung zu Gru legen, um zu ermitteln, wie groß der Lohnausfall wesen ist, so ergibt sich die Tatsache, daß diese Arbeitslo die Summe von 293 868 eingebüßt haben. Es ist höchste Z daß sich die Behörden ins Mittel legen, um dieser gr lichen Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Zuna forderten die Arbeitslosen in Breslau, daß der Magis sofort eine amtliche Arbeitslosenzählung vornimmt, denn Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslos größer, und daß aus städtischen Mitteln den Arbeitslo eine Unterstützung in Geld zuteil wird, sowie daß notwend Arbeiten sofort in Angriff genommen werden sollen. Schluß der Versammlung zogen die Arbeitslosen in fr lichem Zuge nach dem Rathaus, allwo die Stadtväter ge tagten. Die Polizei, zu Fuß und zu Pferd sprengte, wie schon berichtet, die Demonstrant mit blanker Waffe auseinander. Es lebe soziale Staat! Hurra! Hurra! Hurra!

Bauschieber. Zu den schlimmsten Vampyren der Gesellschaft gehören die gewissenlose Patrone, die ohne genügende Kapitalien Schwindelbauten aus dem Boden hervorzaubern, Lieferanten, Handwerker und Arbeiter betrügen, und mit den ergaunerten Geldern ein behagliches Dasein führen. Wie der Berliner sagt, haben sie sieben Häuser und keine Schlafstelle und doch verstehen sie es, durch immer neue Schwindelmanöver die Vertrauensseligen zu prellen. Wie weit verbreitet diese Gaunergarde ist, ersieht man aus den nunmehr abgeschlossenen amtlichen Erhebungen über unzuverlässige Bauunternehmer in Groß-Berlin. Es sind im ganzen nicht weniger als 907 unzuverlässige Firmen und Unternehmer festgestellt worden. 40 davon ist die Bauausführung durch rechtskräftige Entscheidung gänzlich untersagt. Die Bauausführungen von 37 Firmen, gegen die Klage erhoben ist, werden durch die Behörde streng überwacht. Ferner sind 439 Unternehmer vorhanden, deren Geschäftsbetriebe in moralischer, wirtschaftlicher und technischer Beziehung zu Bedenken Anlaß gegeben haben; und endlich gibt es in Groß-Berlin 391 Firmen und Unternehmer, die so unzuverlässig sind, daß sie das Gewerbe als Bauunternehmer nicht selbständig ausüben dürfen. Welche Unsummen von Jammer und Elend diese Drohnen auf dem Gewissen haben, kann statistisch nicht ermittelt werden. Sicher aber ist, daß Hunderte von Handwerkern von ihnen um Hab und Gut betrogen, Tausende von Bauarbeitern um ihren sauer verdienten Arbeitslohn geprellt worden sind.

Genossenschaftsbewegung.

Hausbesitzer, Kleinhändler und Konsumvereinsmitglieder. Wer hätte das Liedchen vom Terrorismus der Konsumvereine noch nicht in der einen oder anderen Variation gehört? Freunden solcher Melodien können wir heute einen geeigneten Text dazu aus dem Bezirke des Konsumvereins „Eintracht", Essen, liefern. Ist da in Homberg-Hochheide eine Familie der Genossenschaft beigetreten, um mit dem kargen Einkommen des Mannes so haushälterisch wie möglich zu wirtschaften. Diese Familie ist nun durch folgenden Brief ihres Hauswirts, der zugleich Kolonialwarenhändler ist, erfreut worden:

Homberg-Hochheide, 26. April 1913.
Asberger Straße 63.

Geehrte Familie . . . . .

Wir gestatten uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir wahrgenommen haben, daß Sie Ihre Wareneinkäufe fast ganz in anderen Geschäften machen, denn bei uns haben Sie in den drei Monaten für nur ungefähr 30 Mk. gekauft. Solange die Häuser stehen, sind Sie die ersten, die in dieser Beziehung gegen uns sind. Sollten Sie das weiter so machen wollen, so sehen wir uns veranlaßt, über unsere Wohnung anders zu verfügen, denn die Nachfrage nach Wohnungen ist sehr groß, und wir haben die Miete so niedrig stehen, daß uns alle anderen durch Geschäftsverbindung entgegenkommen.

Achtungsvoll
Rententen.

Vorstehendes Dokument ist ein kleiner Beweis dafür, wie dringend notwendig die Konsumgenossenschaftsbewegung für die Konsumenten ist. Es geht nichts über eine gute Portion Unverfrorenheit. In letzter Zeit mußte öfter über solch verrückte Ansprüche berichtet werden, wie der famose Hausbesitzer in Homberg sie stellt. Erst wenn die Organisation der Konsumenten lückenlos ist, wird der unleidige Terrorismus der Hausbesitzer, die zugleich Händler sind, ein Ende finden. Hier heißt es, auch nicht die kleinste Konzession machen, will man nicht, daß die Lüsternheit auf Profit noch schlimmere Blüten treibt.

Sind die Betriebskosten konsumgenossenschaftlicher Betriebe zu hoch? Es wird manchen Krämer geben, der die gestellte Frage, ob Konsumvereine zu teuer wirtschaften, mit Freuden zu bejahen bereit ist. Ein rechter Konsumvereinshasser greift nach jedem Mittel, und sei es das fragwürdigste, um damit dem Konsumverein eins auszuwischen. Sehr selten aber wird auch gesagt, woher es kommt, daß zwischen den Betriebskosten eines Kleinhändlers und denjenigen eines Konsumvereins manchmal ein Unterschied vorhanden ist. Das, worauf es ankommt, hat nun ein Mittelständler und Konsumvereinsbekämpfer sehr klar und deutlich ausgesprochen. Auf einem Mittelstandstag erklärte der Bürgermeister Dr. Eberle aus Nossen, die Betriebskosten stiegen bei der Entwicklung zum Großbetrieb unverhältnismäßig, „weil man doch da auf fremde Leute angewiesen sei". Der so sprach, ist derselbe Dr. Eberle, der vor kurzer Zeit die Organisation des Konsums als Kulturhemmnis bezeichnete. Damals sprach Dr. Eberle Unsinn; jetzt hat er aber endlich einmal recht. Der Großbetrieb, auch der Konsumverein, muß allerdings vollständig von der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte absehen. Schlechtbezahlte Frauen- und Kinderarbeit findet keine Anwendung in konsumgenossenschaftlichen Betrieben; sie wird das Betriebskostenkonto nicht niedrighalten. Auskömmlich bezahlte Arbeitskräfte wirken wesentlich anders auf die Verkaufspreise der Waren ein als die Mitarbeit von Großmutter, Mutter und Kind. Also Herr Dr. Eberle hat recht, daß die Betriebskosten im konsumgenossenschaftlichen Großbetriebe höher sind als im kleinhändlerischen Zwergbetriebe, wenn ihm der Vergleich genügt, den er zog. Seine Schlußfolgerungen sind allerdings genau so falsch wie seine Ansichten über den Kleinhandel, der ihm allein Bürge für den Kulturfortschritt ist. Die Mitglieder der Konsumvereine aber sind zufrieden damit, daß Menschen, im Dienste der Genossenschaft beschäftigt, auskömmlich entlohnt werden. Niedrige Warenpreise, die nur durch kümmerliche Entlohnung möglich wären, bilden gewiß nicht den Inhalt konsumgenossenschaftlichen Strebens. Indem die Konsumgenossenschaftsbewegung den Beweis erbrachte, daß vernünftiges Wirtschaften auch dann möglich ist, wenn man „auf fremde Leute angewiesen" ist, erfocht sie über den rückständigen Kleinbetrieb einen Triumph von großer Bedeutung. Dr. Eberle scheint eine Ahnung von der Quelle der Überlegenheit genossenschaftlicher Arbeit zu haben. Seine Bemerkung über zu hohe Betriebskosten des Großbetriebs ist echtes Verlegenheitsprodukt.

Aus Nah und Fern.

Ein antisemitischer Agitator als Mörder. Vor einigen Tagen ist in Lichtenberg bei Berlin eine 34jährige Frau erdrosselt worden. Der Mörder stand in einem Liebesverhältnis zu der Ermordeten, das er benutzte, um die Frau materiell auszubeuten. Wie sich jetzt herausstellt, war der Mensch ein gewisser Friedrich Weißendorn aus Eisleben, bei der letzten Reichstagswahl Hauptagitator für den antisemitischen Reichstagsabgeordneten Bruhn. Früher stand er in Diensten des bekannten Radau-Grafen Pückler, berief für diesen die Versammlungen ein und leitete sie. Er wurde 1905 von der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung" abgeschüttelt, weil diese mit Pücklers Auftreten nicht einverstanden war, und schon damals schrieb das antisemitische Blatt, Weißenborn dürfe keiner antisemitischen Parteiorganisation angehören. Er nenne sich mit Vorliebe Arbeiter, vermeide aber ängstlich jede Arbeit. Wegen Aufreizung von Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten wurde Weißenborn später zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. — Gestern ist Weißenborn auf dem Dachboden eines Hauses aufgefunden worden.

Verzweiflungstat. In der Detmolderstraße in Berlin versuchte die Frau des Telephonbeamten Caspar, die seit längerer Zeit nervenleidend ist, sich und ihr acht Monate altes Kind durch Gas zu vergiften. Als der Ehemann nach Hause kam, fand er seine Frau bewußtlos am Boden liegend, das Kind hatte die Besinnung noch nicht verloren. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

An Fleischvergiftung erkrankt ist in Neukölln nach dem Genuß von Leber eine aus drei Personen bestehende Familie. Der Zustand ist besorgniserregend.

Fünf Soldaten an Hitzschlag verstorben. Wie der „Hbg. Corresp." erfährt, sind auf dem Truppenübungsplatz Arys in Ostpreußen vier Mann des Infanterie-Regiments Nr. 148 und einer vom Infanterie-Regiment Nr. 152 an Hitzschlag gestorben. Nähere Mitteilungen fehlen leider. Man darf aber wohl annehmen, daß die Todesursache eine Folge von Uebungen während der glühenden Sonnenhitze gewesen ist. Trifft das zu, dann muß es als geradezu unverantwortlich bezeichnet werden, daß hier direkt Menschenleben auf das Aergste gefährdet worden sind.

Vom Blitz erschlagen. Im südlichen Teil des Regierungsbezirkes Posen wurden durch Blitzschlag bei den heftigen Gewittern in den letzten Tagen sieben Personen getötet, drei Männer, drei Frauen und ein Kind.

Infolge eines Blitzschlages brannte die Filzfabrik in Alf bei Trier ab. Alle Maschinen und Vorräte sind zerstört. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf über 1 Million Mark.

Beim Zusammenstoß zweier Züge auf dem Bahnhof Aussee sind zwei Personen getötet und sechs schwer verletzt worden.

Im Kampf um die Freiheit. Auf dem Transport von Hoyerswerda nach Görlitz sprang ein Verbrecher aus dem fahrenden Zuge. Er war sofort tot.

Eine unangenehme Unterbrechung erfuhr, wie aus Neuyork gemeldet wird, ein Diner des ehemaligen Botschafters in Berlin, Charlemagne Tower. Einer seiner Diener erkrankte plötzlich und mußte in ein Hospital gebracht werden. Während der Botschafter mit seinen Freunden an der Tafel saß, wurde er plötzlich ans Telephon gerufen, wo ihm vom Gesundheitsamte die Mitteilung gemacht wurde, daß sein Kammerdiener an Pocken erkrankt sei, und daß er sich, seine ganze Familie sowie seine Gäste nach amerikanischem Gesetz sofort einer Schutzimpfung unterziehen müßten. Tower protestierte anfangs entrüstet gegen dieses Ansinnen, mußte sich jedoch schließlich den Vorschriften des Gesetzes fügen. Bereits eine halbe Stunde später erschien ein Arzt des Gesundheitsamts mit zwei Gehilfen im Hause Tower, der an allen Anwesenden ohne Unterschied des Ranges und des Geschlechts die Schutzimpfung vornahm.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. In der Eisenmangan-Grube Roßbach bei Friedberg in Hessen ereignete sich Mittwoch durch eine Explosion ein Zusammensturz der Erdmassen. Zwei Bergleute wurden so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. Ein Obersteiger und ein Bergmann, die sich in den Schacht begaben, um nach den Verletzten zu forschen, kehrten ebenfalls nicht mehr zurück; sie dürften in den giftigen Gasen umgekommen sein. Nach angestrengten Rettungsarbeiten der freiwilligen Feuerwehr gelang es, eine Leiche zu bergen.

Ein früherer Offizier unter Mordverdacht verhaftet. Eine mysteriöse Mädchenmordaffäre beschäftigt zurzeit die Polizeibehörde von Triest. Dort wurde der Oberleutnant a. D. Joseph Klaric aus Graz unter dem Verdacht verhaftet, seine Geliebte auf der Seereise von Neuyork nach Triest vergiftet zu haben. Er hatte seine Geliebte, die Sängerin Eleonore F., die aus guter Familie stammte, in München kennen gelernt. Auf Drängen Klarics begab sie sich im November mit ihm auf Reisen nach Japan und Amerika. Auf der Rückreise erkrankte plötzlich Eleonore F., die bald Mutter geworden wäre, auf hoher See und starb bald darauf. Als Todesursache stellte der Schiffsarzt Versten der Herzschlagader fest. Die Leiche wurde ins Meer versenkt. Der rasche, schnelle Tod des jungen Mädchens gab unter den Schiffspassagieren zu dem Gerücht Anlaß, daß Eleonore F. keines natürlichen Todes gestorben sei. Auch der Bruder der Toten, ein angesehener Kaufmann in München, schöpfte Verdacht, als er die Todesnachricht erhielt, und reiste nach Triest. Es hatten sich inzwischen Anhaltspunkte ergeben, die zur Verhaftung des ehemaligen Offiziers führten. Bei einer Durchsuchung seiner Effekten wurde ein anonymer Brief an Eleonore F. gefunden, in dem diese vor Klaric gewarnt wird, der sie vergiften wolle.

Zwei 16jährige deutsche Mädchen von Frauenhändlern verschleppt! 200 Mark Belohnung für zweckdienliche Mitteilungen. In den letzten Tagen des Mai sind aus der Umgebung von Frankfurt a. M., aus Höchst und Niederrad, unter raffinierten Vorspiegelungen zwei junge Mädchen im Alter von 16 Jahren entführt worden. Die deutsche Liga zur Bekämpfung des Frauenhandels bittet alle Deutsche, die an Grenzstationen oder in Hafenstädten wohnen, im In- und Ausland, auf eine Reisende in mittleren Jahren zu achten, in deren Begleitung sich zwei jugendliche Mädchen befinden. Es ist wahrscheinlich, daß ein Mann an der Reise teilnimmt. Vermutlich geschah die Entführung über München, um einen italienischen Hafen zu erreichen. Eine Belohnung von 200 Mark zahlt die deutsche Liga dem, durch dessen Angabe es gelingt, den Aufenthalt der verschleppten Mädchen festzustellen. Angaben erbeten an die Geschäftsstelle Deutsche Liga zur Bekämpfung des Frauenhandels, München, Liebherrstraße 5.

Die Unwetterkatastrophe in Plochingen. Ein Bild grauenhafter Zerstörung bietet das württembergische Städtchen Plochingen, das, wie gemeldet, am 1. Juni durch einen Wirbelsturm zum Teil verwüstet worden ist. Der Bahnhof und das ganze Städtchen sieht wie nach einer Beschießung aus. Signalmaste wurden wie Halme gebogen, eiserne Stützbalken geknickt. Die Bahnsteige auf dem Bahnhofe waren von Reisenden stark besetzt, die sich schreiend in die Unterführungen flüchteten; Kinder wurden zu Boden geworfen, ein Knabe wurde unter den Trümmern begraben, konnte aber geborgen werden. Mehrere Dutzend Eisenbahnwagen, beladene Güterwagen und Personenwagen, die zum Teil ein Eigengewicht von 30 Tonnen haben, sowie schwere Möbelwagen wurden umgeworfen. Etwa 40 Personen wurden durch Glassplitter verletzt. Der Orkan war so heftig, daß den Reisenden schwere Gepäckstücke aus den Händen gerissen und davongetragen wurden. Von über 100 Häusern wurden die Dächer vollständig abgedeckt, zwei Fabrikschornsteine wurden umgerissen und schlugen beim Niederfallen mehrere Nebengebäude der Fabrik in Trümmer. Bei vielen Häusern sind die Vorder- und Seitenwände eingestürzt, so daß die Gebäude gestützt werden müssen. Zentnerschwere Quadern wurden fortgerissen. Das Johanniterkrankenhaus wurde ebenfalls sehr schwer von dem Sturme getroffen, die neuen Baracken hinter dem Krankenhause wurden mit den Kranken weggeweht; zwei Mann wurden etwa 20 Meter weit geschleudert, sie sind aber, abgesehen von einigen leichteren Verletzungen, ohne Schaden davongekommen. Die Gemeindekelter, ein stattlicher Bau, wurde vom Boden glatt wegrasiert, das Rathaus wurde schwer beschädigt. Hütten und Häuser wurden fortgerissen und der Inhalt in alle Winde zerstreut. Einer Menagerie wurde die ganze Einrichtung zerstört. Eine Zeitlang war zu befürchten, daß der Tierwagen umgeworfen und die Bestien ihren Käfigen entrinnen würden. Die Telegraphen- und Telephonleitungen sind zerstört. Die Feuerwehr wurde aufgeboten, die Aufräumungs- und Ordnungsarbeiten auszuführen; sie wurde von 200 Eisenbahnarbeitern unterstützt, die in Sonderzügen von Eßlingen und Stuttgart nach der Unglücksstätte entsandt wurden. Die Regierung wird eine Hilfsaktion zur Unterstützung der Geschädigten in die Wege zu leiten, da es für derartige Katastrophen keine Versicherungsdeckung gibt.

Der Kampf gegen die Satire. Im „Vorwärts" lesen wir: Die Schwarzen und die Blaublütigen hassen Blätter vom Schlage des „Simplizissimus" und des „Wahren Jakob" wie das höllische Feuer. Kein Wunder — dienen doch in ihnen die schönsten Kulturblüten: der preußische Leutnant, der Schutzmann, das traute Familienleben, der segnend seine keusche Hand über die Gemeinde haltende Pfaffe der Rinnsteinkunst zur Zielscheibe des Spottes. Und was das Schlimmste ist, man hat dem Witz keinen Witz entgegenzusetzen. Die Kateridee eines konservativen Blattes, ein staatserhaltendes Witzblatt zu schaffen, war schließlich ein Witz, aber ein unfreiwilliger. So bleibt den Hütern von Thron und Altar nichts übrig, als mit den alten Mitteln der Unterdrückung gegen die Satire anzukämpfen. Nach bewährten Vorbildern hat jetzt auch der Oberbürgermeister des heiligen Köln den Zeitungsverkäufern, soweit sie städtische Stände gemietet haben, den Verkauf des „Simplizissimus" verboten. Den Sündern, die gegen den oberbürgermeisterlichen Erlaß freveln, sollen die Stände entzogen werden. Eine weise Maßregel! Besieht doch die Gefahr, daß das Kölner Bürgertum, bekannt durch seine hohe sittliche Moral während des Karnevalstreibens, am Ende gar der Unkeuschheit und Zügellosigkeit verfallen könnte!

Petersburg als Zweimillionenstadt. Nach dem Bericht über das Jahr 1912, den die statistische Abteilung des Petersburger Stadtamtes soeben veröffentlicht, hat die Einwohnerzahl der russischen Hauptstadt die zweite Million bereits überschritten. Die genaue Ziffer ist 2 018 596. Die durchschnittliche Vermehrung der Bevölkerung beträgt alljährlich 40 000 Köpfe. Diesem Aufschwung stehen jedoch andere bedenkliche Momente gegenüber. Der Sterblichkeitsprozentsatz hat zugenommen. Im Jahre 1911 betrug er 21,1 von 1000.

Mehr Arbeiterschutz in den Giftbütten! In der Badischen Anilinfabrik zu Ludwigshafen wurden dieser Tage drei Arbeiter durch Einatmen giftiger Gase getötet. Am Sonnabend früh brach im Safraninbetrieb, ein schon oft in der Zeitung erwähnter gefährlicher Betrieb der Anilinfabrik, der Arbeiter Thomas Jäger zusammen. Er blieb ca. ein halbe Stunde im Betriebe liegen, bis der Betriebsführer Dr. Burgert kam, worauf er in die Ambulanz überführt wurde. Hier stellte sich die Notwendigkeit der Ueberführung ins Krankenhaus heraus. Am Montag früh verstarb Jäger im Krankenhause. Es liegt offenbar Vergiftung vor. Bald darauf ereignete sich ein weiterer schwerer Unglücksfall. Die Arbeiter Ortwein und Schwarz sollten ein Alkohol-Reservoir reinigen. In demselben befanden sich noch giftige Gase, die die Arbeiter betäubten, so daß sie nur noch als Leichen herausgeschafft werden konnten. Zwei blühende Menschenleben sind vernichtet. Schwarz hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern, Ortwein eine Witwe mit fünf Kindern. Ganz offenbar liegt in der Anilinfabrik, die ihren Aktionären fette Dividende abwirft, der Arbeiterschutz noch sehr im argen.

Auf dem Wege zur Krebsheilung. Aus Köln berichtete ein Privat-Telegramm des „Berliner Tageblattes": In der Sitzung des Allgemeinen ärztlichen Vereins berichtete Sanitätsrat Dr. Otto Schmidt über weitere höchst erfolgreiche Forschungen zur Frage der Entstehung und Heilung des Krebses. Er konnte durch verschiedene biologische Reaktionen, die durch zahlreiche Einzelversuche wiederholt auf ihre Richtigkeit geprüft waren, beweisen, daß der Krebs eine Infektionskrankheit und der von ihm aus Geschwülsten gewonnene Parasit der Erreger ist. Es sind deshalb auch die zahlreichen, durch Anwendung seines aus diesen Reinkulturen hergestellten Vakzins erzielten Heilungen schwerster Fälle von Krebs als Folgen einer aktiven Immunisierung anzusehen, die gleichzeitig gegen das Wiederauftreten der Krankheit schützt. Da dies Verfahren nur bei einem Bruchteil aller Kranken mit Aussicht auf vollen Erfolg angewandt werden kann, mußte als Endziel aller Forschungen die Erzeugung der nötigen Immunstoffe beim Tiere und ihre Uebertragung auf die Menschen durch Einspritzung dieses tierischen Serums erstrebt werden. Für den Tierversuch ist dies jetzt erreicht. Durch einmalige intravenöse Einspritzung des Serums können selbst große Geschwülste in zwei bis drei Tagen verflüssigt werden, ohne das Tier im schärfsten Gegensatz zu den gleichartigen Versuchen Wassermanns mit Eosinseln im geringsten zu schädigen. Der Vortragende regte an, durch eine Kommission seine Untersuchungen nachprüfen zu lassen, wozu er alles Erforderliche zur Verfügung stellt.

Eine Glanzleistung italienischer Flieger. Der „Frkf. Ztg." wird gemeldet: Die in Venedig stationierte Flottille von sechs Marine-Aeroplanen flog auf Befehl ihres Kommandanten Ginocchio den deutschen Kriegsschiffen „Göben" und „Straßburg" 50 Meilen weit zur Begrüßung entgegen. Der erste Aeroplan, der den Kommandanten Ginocchio selbst trug, flog zunächst 1600 Meter über den deutschen Kriegsschiffen weg, ohne daß diese ihn bemerkten. Dann ließ er sich zwischen den deutschen Kriegsschiffen auf das Wasser nieder und begrüßte sie durch Schwenken der Taschentücher. Die deutschen Matrosen standen auf dem Verdeck und dankten durch Flaggensignale und Schwenken der Mützen. Der technisch bemerkenswerte Flug erhielt dadurch einen würdigen Abschluß, daß es zwei Fliegern gelang, auf dem Wasser schwimmend eine Motorreparatur vorzunehmen, die notwendig geworden war, um mit dem reparierten Apparat nach Venedig zurückzufliegen.

Frau Glienicke und „ihr Karl". Es geschehen wirklich noch Zeichen und Wunder, wie man gleich erfahren wird. Die Revolution hat nämlich einen großen Sieg errungen, und zwar nicht vielleicht in Portugal oder in Mexiko, was das ja weiter nichts zu bedeuten hat, sondern — in Preußen, dem gesegneten Land der Dreiklassenwahl! Daß dieser Sieg bei einem Lawn-Tennis-Turnier erfochten wurde macht die Sache noch pikanter. Bei diesem Turnier erregte eine Frau Glienicke — sie hieß wirklich so — Aufsehen durch ihr gutes Spiel. Mit Recht! Denn wie kommt eine — — Frau Glienicke zu einer guten Technik in diesem Sport, der doch ein für allemal Leuten vorbehalten ist, die mindestens ein von vor ihrem Namen und auch sonst viel überflüssige Zeit haben? Die ganze gute preußische Tradition kommt ins Wackeln, wenn eine Frau Glienicke ohne von gut Tennis spielt. Das wäre ja ein unerhörter Fortschritt in der Demokratisierung gutpreußischer Sitten. Den Herren Itzenplitz

und Quitzows fiel der Scherbe aus dem Auge, als sie mit erleben mußten, wie eine — — — eine — — — Frau Glienicke Preisträgerin wurde! Für so abgefeimt hätten sie die Revolution doch nicht gehalten. Schleicht sich in den Tennisklub ein und nimmt die Preise weg! Beklemmungen stiegen in den gutpreußischen Herzen auf. Man sah im Geist schon auf dem Dreiklassenhaus in der Albrechtstraße eine rote Fahne statt der schwarz-weißen wehen. Es war höchste Zeit, daß August Scherl, der allwissende Zeitungsmensch, die Sache in die Hand nahm, und siehe da! er brachte sie auch in schönste Ordnung. Die Welt erfuhr also, daß sich unter „dem bescheidenen Namen einer Frau Glienicke — die Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen verbarg, und daß der junge Mitspieler „Karl" ihr Sohn gewesen sei." Da haben wir die Bescherung! Zunächst wissen wir, daß Frau Glienicke ein bescheidener Name ist, der es sich zur höchsten Ehre anrechnen darf, wenn er von einer leibhaftigen Hoheit angenommen wird. Es ist folglich schon eine Gnade, wenn eins von Gottesgnaden einen bürgerlichen Namen annimmt. Man bedenke nun erst die viel größere Gnade, die darin liegt, daß sich die Fürstlichkeiten unser Geld, unser bürgerliches Geld gefallen lassen. — Die schönen Illustrationen, die die kurze Herrlichkeit der „Frau Glienicke" auf die Nachwelt bringen sollen, rühren jedes empfängliche Gemüt. Wie wir hören, bringt die „Woche" in der kommenden Nummer auch eine Abbildung von dem Stein, der den Quitzows und Putzlitzs vom Herzen gefallen ist, nachdem sie den wahren Zusammenhang der Dinge erfahren haben.

Schreckenstat einer Mutter. Ein Familiendrama hat sich gestern in München abgespielt. Dort warf die Frau des Fabrikarbeiters Rudosch ihre beiden Kinder im Alter von vier und fünf Jahren in die Isar und sprang dann nach. Die beiden Kinder wurden als Leichen gelandet. Die Frau ertrank ebenfalls. Ihre Leiche konnte aber noch nicht geborgen werden. Nahrungssorgen und eheliche Zwistigkeiten sollen die Frau zu der Schreckenstat getrieben haben.

Opfer des Unwetters. Das schwere Unwetter, das am Sonntag im Taunus gewütet hat, hat auch einige Menschenleben zum Opfer gefordert. Mittwoch früh hat man in dem Waldteil zwischen dem Roten Kreuz und den Glashütten die Leichen zweier junger Männer gefunden, die durch vom Sturm gefällte Bäume erschlagen worden sind.

Eine Schreckensszene beim englischen Derby. Bei dem großen Derbyrennen in Epsom spielte sich am Mittwoch ein tragischer Vorfall unmittelbar unter den Augen des Königs ab. In dem Augenblick, wo das Rennpferd des Königs eine Ecke nahm, stürzte eine weibliche Person aus der Zuschauermenge hervor und warf sich dem dahineilenden Pferde in die Zügel. Das Tier stürzte infolgedessen zu Boden und begrub den Jockey und die Angreiferin unter seine zuckenden Glieder. Während der Jockey noch lebend jedoch mit schweren Verletzungen hervorgeholt werden konnte, mußte die Frau ihr wahnwitziges Unternehmen mit dem Tode büßen. Man nimmt allgemein an, daß es sich hier um ein neues Agitationsmittel der Suffragetten handelt, die die Aufmerksamkeit des Königs auf sich lenken wollten. Der Vorfall rief große Erregung unter den Anwesenden hervor und auch der König schien aufs höchste betroffen.

Theater und Musik.

Sommertheater in den Stadthallen. Jugendfreunde, Lustspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda. Nur ein paar Stunden angenehme Unterhaltung will Fulda in diesem Lustspiel der Pantoffelhelden dem Publikum bieten und das gelingt ihm auch. Diese Jugendfreunde, deren ehefeindlicher Bund durch die Verlobung und Verehelichung von dreien gestört wird, sind alte Bekannte der Theaterbesucher; sie gehören sozusagen zum eisernen Bestand der deutschen Lustspielliteratur und sind nicht erst von Fulda geschaffen worden. Fulda ist jedoch ein Mann von Geist, der seine Sache recht geschickt zu machen versteht und der hier alten bekömmlichen Wein in neue Schläuche goß. So etwas hat man noch immer gern. Von den Mitwirkenden zeichneten sich besonders die Damen Wutke (Dora Lenz), Riccardo, Heydecker und Reichardt sowie Herr Heydecker als phlegmatischer Maler und Herr Schürer aus. Herr Göbel machte als Dr. Bruno, wie immer, eine gute Figur, doch fehlt seiner Sprache die innere Wärme, die gerade seine Partnerin, Frl. Wutke, auszeichnet. Herr Wallis wußte aus dem schlichternen Philipp nicht viel zu machen. Die Aufführung, welche unter Regie des Herrn Heydecker im ganzen recht anregend verlief, fand lebhafte Anerkennung beim Auditorium. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 4. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen 0,00 Mk., Enten 0,00—0,00 Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,20—1,60 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. Pfg., Schinken Pfd. 1,20-1,25 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. 7—7½ Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte 60—00 Pf. 2. Sorte 40—00 Pf., 3. S. 20—25 Pfg., Blumenkohl der Kopf 30—50 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. —,— Mk., kleinere — Pfg., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 70—80 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 00—50 Pfg., mittel 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 50—60 Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. —,25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—00 Pfg., Butte, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 20—30 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60—80 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung. Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt
Fernruf 672 Mühlenstr. 35—40

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Mützen.

Bäckereien
Nicolaus Groth Fein-, Grobbäckerei Alstr. 32.
P. Johannsen Konditorei Fleischhauerstr. 31

Brauereien
Trinkt **Adler-Biere**
H. Lück
Brauerei zur Walkmühle
Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**
Trinkt **Kieler Schloßbräu**
Vertreter für Lübeck und Umgegend: Fr. Krupf, Brauerei Ashbar
Grodengießerstraße 37.
Elbschloß-Bier
Empfehlenswertes Lokal Wickedestraße Allee 71

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22. Fernruf 356
„Juwelbrot"
wohlschmeckend u. Kraft- u. Nährbrot
Backwaren jeglicher Art.

Pflanzen-Butter
Delikateß-Eigelb-Pflanzenbutter
Edel Margarine
„Heimchen"
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Möller Holstenstraße 42

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
Sandstr. 18 Tel. 307

Fleisch- und Wurstwaren
Th. Hamann
Schlachterei
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923
Herm. Miljes
Schüsselbuden Nr. 30
Herm. Spangenberg
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
— Schwartauer-Allee 59 —

Gesundheits-Brot
Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot a. reinem Roggen
Malzkleinbrot und Zuckerkranken
- ärztlich empfohlen! -
Erhältlich in 50 Niederlagen.

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
Breitestraße 26.

Kaufhaus Siegfried Ittmann
Breite Str. 33, 1. Etage
Einzel-Möbel sowie kompl. Wohng.-Einrichtg. | Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb. | Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Mützen.

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schüsselbuden 32
Kaffee
in sämtlichen Preislagen.

Kinotheater
Metropol-Theater
Nur Breitestr., beim Rathause
Täglich ununterbrochen Vorstellung von 4—11 Uhr.
Jeden Sonnabend u. Mittwoch neues Programm.
Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Theater
Besucht das
Varieté International
Untertrave 67

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Kreutzfeldt
Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel
Fischergrube 23
E. Teuteberg Untertrave 60. Schlaraffenschnitt. Schuhmacherei

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.
Verlangen Sie
Buntekuh-Kümmel
H. Nickel Spezialfabr. nur alkoholfreier Getränke. Tel. 1070.

Meierei

Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-Str. 13.
billigste Bezugsquelle
Elg. Tischler- u. Tapeziererwärst.

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königstraße 116.

Öfen und Herde
F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdenes Gebrauchsgeschirr

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit - billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Tapeten
Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
Beim Rettelch 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt.
Pfaffenstraße 4.
A. Matern
Beckergrube 26 Uhrmacher. Schweizer Uhren.

Eutin
Deutsches Haus
Kielerstr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.
Ludw. Grandt
Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiterschuhen sow. auch bess. Schuhwar.

Mölln
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillation.
Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Ballokal. Kegelbahn.
Rud. Hübener, Uhren u. Goldwar.
Ludw. Kuhn, Herr.- u. Damenh. Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Schlutup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke
- Eigene Reparaturwerkstätte. -
W. Richter
Uhren u. Goldwaren
nebst eigener Reparaturwerkstatt
Gasthofz. Post H. Vetter Empfehlensw. Lokal
Hugo Krogmann Photographisches Atelier.
Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkschaft.

Schwartau
Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Drogerie Inh. Hans Grapp
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Gleiß Schlachterei ff. Fleisch- u. Wurstwar.
A. Klünder Schuhwarenhaus Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerkschaft.
L. Cohaus Manufakturwaren Arbeitergarderobe.